

- * Rektor Christian Leumann zur neuen Uni-Strategie – 44
- * Nicolas Thomas, der Mann mit den Instrumenten im All – 48
- * Dem sexuellen Genuss auf der Spur – 38

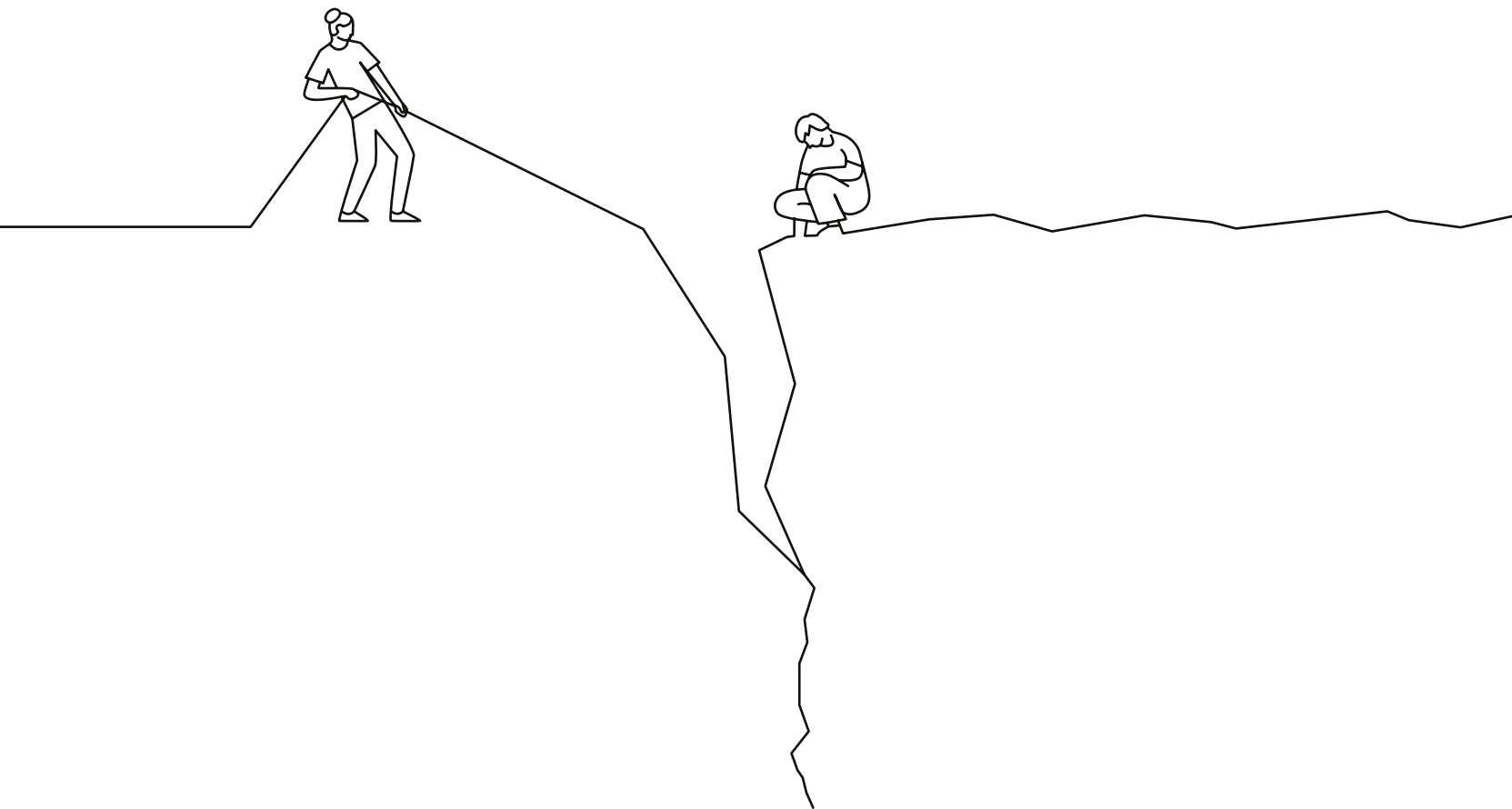
u^b

b
UNIVERSITÄT
BERN

UniPress*

April 2022 182

Gespaltene Gesellschaft?



zühlke
empowering ideas

Der grösste Feind der



Qualität

ist die Eile.

Franziska Meyer,
Software Engineer

#FeelFreeToBeCalm

Du magst es, Barrieren abzubauen und Neuland zu erkunden? Und mit Kreativität und Können verwandelst du intelligente Ideen in wertvolle Lösungen? Dann bist du bei uns genau richtig. Als internationaler Service-Provider für technologiegetriebene zukunftsweisende Innovationen bieten wir dir die passenden Herausforderungen – und jede Menge Freiräume.
Feel free to Innovate. [zuehlke-careers.com](https://www.zuehlke-careers.com)



Illustration: © Hahn + Zimmermann, Bern

GESPALTENE GESELLSCHAFT?

Wie viel innere Spaltung, wie viel Ungleichheit und Unterdrückung eine Gesellschaft zulässt, ist seit Beginn der Menschheitsgeschichte sehr unterschiedlich, wie David Graeber und David Wengrow in ihrem Werk «Anfänge» eindrücklich zeigen. Die eine Jäger- und Sammlergesellschaft hat eine Kriegeraristokratie mit einer fein abgestuften Hierarchie, und weil neben den theatralischen Rankämpfen keine Zeit für Arbeit bleibt, hält sie sich Sklaven. Bei einer anderen dürfen die besten Jäger ihre Beute niemals selber verteilen, sie werden gar öffentlich gedemütigt – um das Gleichheitsideal aufrechtzuerhalten. Es ist nicht so, dass frühe Gesellschaften egalitär waren und mit der Landwirtschaft zwangsläufig die Ausdifferenzierung und Aufspaltung in oben und unten kam, so Graeber und Wengrow: Grundsätzlich haben wir Menschen jederzeit die Freiheit und Möglichkeit, uns zu entscheiden, wie wir zusammenleben wollen, und für unser Ideal zu kämpfen.

Von dieser Freiheit haben die 193 UNO-Staaten Gebrauch gemacht, als sie die Agenda 2030 mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen beschlossen: Alle Staaten haben sich zu einer globalen Entwicklung bekannt, die Spaltungen überwindet – so soll die Armut bis in acht Jahren beendet (Ziel 1), Bildung allen zugänglich (Ziel 4), sollen die Geschlechter gleichgestellt (Ziel 5), Gesellschaften friedlich und inklusiv (Ziel 16), Konsum und Produktion nachhaltig sein (Ziel 12) und die Klimaerwärmung und deren Folgen bekämpft werden (Ziel 13). Zu schön, um wahr zu werden? Es liegt an uns, ob die Nachhaltigkeitsziele toter Buchstabe bleiben wie einst die sowjetische Verfassung oder ob wir die grosse Transformation anpacken und mitgestalten.

Die Universität Bern ist entschlossen, Teil der Lösung zu sein. Die Wissenschaft kann und soll einen Beitrag leisten, gemeinsam mit allen Involvierten konkrete Verbesserungen für Mensch und Natur zu erreichen – im Berner Oberland genauso wie in Madagaskar. Dabei zeigt die Erfahrung von Berner Forschenden klar: Spaltungen und Machtgefälle sind Gift für eine nachhaltige Entwicklung, Partizipation hingegen ist ein wichtiger Hebel (Seite 32). Die Schweiz, das zeigt das Gespräch mit der Literaturwissenschaftlerin Virginia Richter und dem Politologen Markus Freitag, kann dabei mit ihrem auf Konsens und Ausgleich zielenden politischen System als Labor dienen, wie man mit hoch kontroversen Fragen zivilisiert umgehen kann (Seite 8).

Schnapp dir den besten Studenten-job des Jahres

Verdiene 5'000 CHF, um im Sommer zu verreisen und die Multiwährungskarte von Yuh im Ausland zu testen.*



Bewirb dich hier



*Siehe Angebotsbedingungen.



yuh
3-in-1
Finanz-App

Wellen Tauch ein!

24. August 2021 – 5. März 2023

Eine Ausstellung von *focusTerra*

Sie malen den Regenbogen in den Himmel, lassen unser Lieblingslied erklingen und wärmen uns an kalten Tagen: Wellen! Sie sind überall und ein grundlegender Bestandteil unseres Lebens. Welche Eigenschaften haben Wellen und wie nutzen wir diese in unserem Alltag – natürlich und technologisch?

Tauchen Sie ein in die faszinierende Welt der Wellen – in Natur, Alltag, Kunst und Forschung.

Weitere Informationen:
www.focusterra.ethz.ch/wellen





© KEYSTONE/AP Photo/Matt York

FORSCHUNG UND RUBRIKEN

Forschung

- 38 Dem sexuellen Genuss auf der Spur
Von Barbara Spycher
- 40 Hubert Steinke – «Wir sind alle Teil der Medizin»
Interview: Nathalie Matter
- 42 Weg vom Fleisch als Massenprodukt
Von Kaspar Meuli

Rubriken

- 1 **Editorial**
- 44 **Gespräch**
Christian Leumann – «Jeder Teil der Universität
Bern trägt auch Verantwortung für andere»
Interview: Christian Degen
- 48 **Begegnung**
Nicolas Thomas – Der Mann mit den
Instrumenten im All
Von Brigit Bucher
- 50 **Meinung**
Täter-Opfer-Ausgleich muss ins Strafrecht
Von Marianne Johanna Lehmkuhl und Jan Wenk
- 51 **Bücher**
- 52 **Impressum**

GESPALTENE GESELLSCHAFT?

- 4 Spaltungen
Von Regula Wenger
- 8 Virginia Richter und Markus Freitag –
«Toleranz, Selbstkritik und Lernfähigkeit»
Interview: Pieter Poldervaart
- 14 Was spaltet uns?
Umfrage: Maura Widmer
- 16 Verbitterung isoliert
Von Bettina Hägeli
- 18 Social Media trüben das Vertrauen
Von Julia Konstantinidis
- 22 Selbsttäuschungen haben Sprengkraft
Von Isabelle Noth
- 25 Warum spaltet Identitätspolitik?
Von Béatrice Koch
- 28 Wissenschaft – Spalterin oder Kitt?
Von Claus Beisbart
- 32 Lösungen global: Spaltungen nachhaltig überwinden
Von Pieter Poldervaart
- 34 Lösungen Schweiz: Ländliche Gemeinschaft stärken
Von Pieter Poldervaart

Spaltungen

Ob in der Familie, am Arbeitsplatz oder als Gesellschaft: Unsere Meinungen, individuellen Bedürfnisse und Interessen gehen oft weit auseinander. «Gräben» und «Spaltungen» sind Teil unseres sozialen Lebens, wie die folgenden Beispiele zeigen.

Während manche Entwicklungen in existenziellen Sorgen und Ängsten gipfeln, werden andere Konflikte im Lauf der Zeit bedeutungslos oder führen im besten Fall sogar zu positiven Veränderungen.





© KEYSTONE/AP Photo/Jose Luis Magana

Zusammengestellt von Regula Wenger

2021: Sturm aufs Kapitol – Das Zweiparteiensystem, die extrem unterschiedlichen Lebensrealitäten und die Polarisierung der Medienwelt mit der Verbreitung von Desinformation tragen dazu bei, dass die USA ein tief zerrissenes Land sind. Während Donald Trumps Präsidentschaft kam es zu einer weiteren Vertiefung der Spaltung, die mit dem Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021 ihren traurigen Höhepunkt erlebte.

1874: Impfpflicht – Die Geschichte des Impfens begann 1796, als ein englischer Arzt ein Kind mit Kuhpocken infizierte, das danach auch immun gegen Menschenpocken war. Damals zirkulierten Gerüchte, wonach Impfstoffe Menschen in Kühe verwandeln können. Als 1874 in Deutschland die Pockenimpfpflicht eingeführt wurde, rief sie die ersten Impfgegner auf den Plan: Sie befürchteten gesundheitliche Schäden und den Verlust von Freiheitsrechten. Fachleute schätzen, dass ohne Pockenimpfung mittlerweile über 200 Millionen Menschen gestorben wären.



© KEYSTONE/TI-PRESS/Samuel Golay



1979: Jurafrage – Die jahrzehntelangen, emotionalen Konflikte wurden auch von gewalttätigen Aktionen begleitet. Am Ende entschied die Demokratie zugunsten der Separatisten – und liess den Kanton Bern schrumpfen: 1979 spaltete sich ein Teil des französischen Juras zu einem eigenen, neuen Kanton ab. In der Folge wechselte mit dem Laufental ein ganzer deutschsprachiger Bezirk zum Kanton Basel-Landschaft.



1850: Arbeiterklasse versus Bürgertum – Die Industrialisierung im 19. Jahrhundert führte zur Ausbildung einer modernen Klassengesellschaft: Bürgertum und Arbeiterschaft lebten damals in sozial klar voneinander getrennten Lebensverhältnissen. Aufgrund ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen war die Gruppe der Arbeiterinnen und Bauern homogener als der Mittelstand, der sich vor allem über Besitz und Bildung definierte.

1970: Überfremdungsinitiative – James Schwarzenbach hatte mit seinem Volksbegehren zum Ziel, den Anteil der ausländischen Bevölkerung in der Schweiz auf zehn Prozent zu beschränken. Er argumentierte mit der «bedrohten kulturellen Identität» der Schweiz und warnte vor «artfremdem Gewächs». Mancher Eidgenosse fürchtete sich vor der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Da sich die Gewerkschaften gegen die Initiative aussprachen, kam es zu Austritten und Abspaltungen. Mit 54 Prozent wurde die Initiative überraschend knapp abgelehnt.



1971: Frauenstimmrecht – Über 100 Jahre kämpften Frauenverbände, bis die stimmberechtigten Schweizer Männer am 7. Februar 1971 endlich Ja sagten zum Stimmrecht für alle. Bemerkenswert: In einer ersten eidgenössischen Abstimmung 1959 hatten die städtischen Gebiete der französischsprachigen Schweiz bereits für das Frauenstimmrecht votiert; die ländliche Schweiz hingegen lehnte das Frauenstimmrecht 1971 immer noch ab.



1989: Schweiz ohne Armee – Für die einen war sie eine heilige Kuh, andere wollten sie abschaffen: Nach hitzigen Diskussionen votierten am 26. November 1989 über ein Drittel der Stimmentenden für die Abschaffung der Armee. Die Initiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GsoA) wurde zwar abgelehnt, führte jedoch zu Reformen im Militär: So wurde der Truppenbestand massiv reduziert; auch existiert heute ein Zivildienst als Alternative zum Militärdienst.



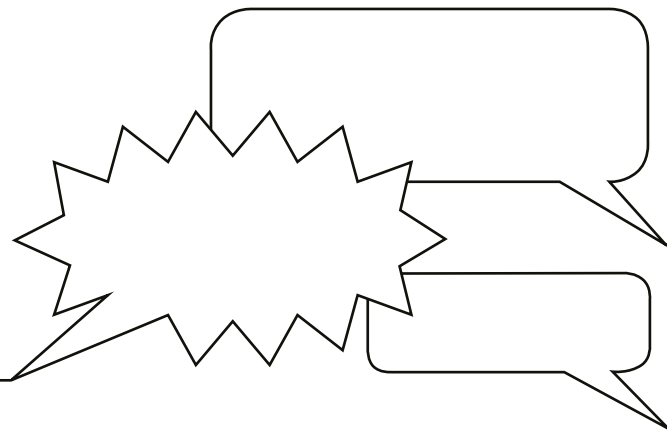
1975: Anti-AKW-Bewegung – Im Frühling 1975 verhinderten Demonstrationen und die Besetzung des Areals den Bau eines neuen Atomkraftwerks in Kaiseraugst AG. Nach dem Reaktorunfall in Fukushima 2011 beschloss der Bundesrat, aus der Atomkraft auszusteigen. Heute spaltet die Kernenergie Europa: Es wird diskutiert, ob Atomkraft nicht doch «grün» sei. Mit Deutschland, das Ende 2022 aussteigen will, und Frankreich, das neue AKW plant, beschreiten zwei EU-Kernländer gegensätzliche Wege in die Energiezukunft.



1945: Nord- und Südkorea – Nach dem Zweiten Weltkrieg teilten die USA und die Sowjetunion nicht nur Deutschland, sondern auch das von Japan annektierte Korea unter sich auf. Seither entwickeln sich die beiden Länder unterschiedlich: Während Südkorea heute die zwölftgrößte Volkswirtschaft der Welt ist, wird das abgeschottete Nordkorea mit seiner verarmten Bevölkerung diktatorisch regiert.



2022: Leugnung des Klimawandels – Weltweit besteht ein wissenschaftlicher Konsens darin, dass sich das Klima auf der Erde erwärmt, die Ursachen menschengemacht sind und der Effekt ökologische sowie gesellschaftliche Folgen mit sich bringt. Indem sie diese Tatsachen abstreiten, versuchen Klimawandelleugner, einen Konsens zu verhindern, der die Gesellschaft handlungsfähig machen würde.



«Toleranz, Selbstkritik und Lernfähigkeit»

In der Schweiz führt die Tradition der direkten Demokratie dazu, dass gesellschaftliche Konflikte sachlicher ausgetragen werden als anderswo. Doch auch in unserem Land wird der Ton giftiger. Markus Freitag, Professor für Politikwissenschaft, und Virginia Richter, Professorin für Neuere Englische Literatur und Vize-Rektorin der Universität Bern, ordnen ein.



Bilder Seiten 9–13: © Dres Hubacher

Was braucht es, dass gesellschaftliche Spaltungen eine Gesellschaft voranbringen statt blockieren? Politikwissenschaftler Markus Freitag und Literaturwissenschaftlerin Virginia Richter im Gespräch.

Illustration: © Hahn + Zimmermann, Bern

Interview: Pieter Poldervaart

Markus Freitag, die Pandemie ist zumindest in der Schweiz auf dem Rückzug und hat ihren Schrecken verloren. Beginnt jetzt auch für die gebeutelte Gesellschaft die Zeit der Heilung?

Markus Freitag: Manche Wunden werden sicher verheilen, aber es werden auch sichtbare Narben bleiben. Der Konflikt wird sich nach der Pandemie verlagern: Im Nachklang von Covid-19 werden wir uns die Frage stellen müssen, wie die krisenbedingten Löcher in der Staatskasse zu stopfen sind. Es wird zu Verteilungskämpfen kommen – auch in der Schweiz.

Virginia Richter, die Pandemie hat aufgedeckt, was schon lange latent war: Gräben, die man bisher nur vage erahnte. Kam die massive Auflehnung der Massnahmengegner für Sie überraschend?

Virginia Richter: Die Auseinandersetzung ist nicht schlagartig ausgebrochen. Schon in den Jahren zuvor hat sich der Ton verschärft. Die Flüchtlingskrise 2015 etwa polarisierte unser Land und Europa ebenfalls stark: Die einen riefen eine neue Willkommenskultur aus, die anderen wollten die Grenzen schliessen.

Dennoch hat die Pandemie weit stärker polarisiert ...

Richter: Das stimmt. Denn im Unterschied zu eher abstrakten Konflikten wie der Migration betrifft uns die Pandemie alle sehr persönlich: in der körperlichen Unversehrtheit, in der persönlichen Freiheit, in den sozialen Kontakten. Daher war zu erwarten, dass sich daran besonders erbitterte Kämpfe entzünden.

Wir erleben zwar Demos von Corona-Skeptikerinnen und -Skeptikern, aber grössere, themenübergreifende Bewegungen wie die Gelbwesten in Frankreich oder die Reichsbürger in Deutschland fehlen hierzulande ...

Richter: Die Schweiz kennt eine hervorragende Kultur des Aushandelns. Die Demokratie ist hierzulande auf eine starke Bürgerbeteiligung angelegt, zudem konnte zwei Mal über das Covid-Gesetz abgestimmt werden. Das ist weltweit wohl einzigartig. Die Fähigkeit, sich gegenseitig zuzuhören, Kompromisse auszuhandeln und so das Gesicht zu wahren – das alles sind gute Voraussetzungen, um mit hoch kontroversen Fragen zivilisiert umgehen zu können.

Freitag: In Frankreich rumort es schon lange zwischen dem Zentrum und der Peripherie. Das soziale und wirtschaftliche Gefälle in unserem Nachbarland hat eine ganz andere Qualität als jenes bei uns. Einer Landbevölkerung, die einen grossen Teil der Kosten etwaiger Benzinpreiserhöhungen zu tragen hat, steht eine Elite in den grossen Städten gegenüber, die keinerlei Bewusstsein für diese Ungleichheit hat und welche die Leidtragenden arrogant übergeht. In der Schweiz haben wir im Gegensatz dazu vielfältige wirtschaftliche und politische Verstrebungen, die verhindern, dass sich eine Region komplett abgehängt fühlt.

Also kann unser Föderalismus besser mit gesellschaftlichen Konflikten umgehen als der französische Zentralismus?

Freitag: Ja, bei uns gibt es verschiedene Mitsprachemöglichkeiten, neben föderalen Elementen wie dem Ständemehr

auch die regelmässigen Abstimmungen auf allen Staatsebenen. Am Beispiel Pandemie: Nach der zweiten Covid-Abstimmung hat die Vehemenz der Proteste deutlich nachgelassen.

Richter: In Frankreich entlädt sich die Wut, weil einige Beschlüsse einsam vom Präsidenten gefällt werden. In Deutschland wiederum gibt es diese berühmt-berühmten Ministerpräsidentenkonferenzen. Sie sind im politischen System eigentlich gar nicht vorgesehen und werden entsprechend argwöhnisch beäugt. Ganz anders in der Schweiz: Hier macht der Bundesrat einen Vorschlag, schickt ihn in die Vernehmlassung, dann wird entschieden – das ist ein gut eingespielter demokratischer und transparenter Prozess.

Wie weit nützt unser Wohlstand, um mit Bedrohungen gelassener umzugehen?

Richter: Da ist schon etwas dran: Der Wohlstand in der Schweiz entschärft Konflikte. Die Impfverweigerer konnten sich ihre Haltung leisten, weil die Schweiz ein hervorragendes, allgemein zugängliches Gesundheitssystem bietet. In den USA hingegen stürzt ein schlecht krankenversicherter Covid-Patient in die Armut.

Freitag: Unser Land kann einem Grossteil der Bevölkerung intakte Lebenschancen bieten. Es gibt kaum Abgehängte, wie man es aus Frankreich, Grossbritannien und den USA kennt. Das Bildungssystem ist ebenfalls eine zentrale Grösse: Jedem und jeder können wir einen Platz reservieren. Dazu kommen die vielfältigen Möglichkeiten, sich politisch einzubringen. Schliesslich bindet das System der Konkordanz Minderheiten ein. Natürlich kennt auch die Schweizer Demokratie Gewinnerinnen und Verlierer. Aber sie wechseln ab: Dass man als Gruppe bei Abstimmungen nicht immer auf der Verliererseite steht, ist ein wichtiges Signal.

Weit härter verläuft die Auseinandersetzung, wenn man die politische Landschaft in den USA betrachtet. Virginia Richter, bleibt die stärkste Nation der Welt gespalten?

Richter: Ich fürchte sehr, dass diese Fronten dauerhaft zementiert bleiben. Doch auch hier müssen wir weiter zurückblicken. Es ist nicht so, dass diese Radikalisierung erst mit Trump über das Land hineingebrochen ist. Die Entwicklung reicht mindestens bis in die Sechzigerjahre zurück. In den USA haben wir einen beachtlichen Bevölkerungsanteil von annähernd 40 Prozent, der die Säkularisierung nicht mitvollzogen hat: Homosexualität gilt als Sünde, patriarchale Familienstrukturen und konservative Erziehungsmethoden bestehen fort, eine Waffenkultur wird gepflegt und das Vertrauen in den Staat ist klein, das alles unterfüttert von einem starken evangelikalen Glauben. In Europa hängen vielleicht fünf Prozent der Bevölkerung einem solchen Weltbild an.

Aber es gibt in den USA auch die neue Linke ...

Richter: Richtig, auf der linken Seite haben wir einen Teil der Demokraten, die ebenfalls dogmatischer geworden sind. Diese Jungen fordern nicht nur Gleichberechtigung, sondern auch die Wiedergutmachung der Verbrechen, die im Rahmen des Kolonialismus verübt wurden. Diese zwei Fronten stehen sich dermassen unversöhnlich gegenüber, dass Gespräche zwischen ihnen fast unmöglich sind. Die liberale Mitte wiederum wird zwischen links und rechts zerrieben. Aus diesem Patt hinauszukommen ist enorm schwierig.

«Die Schweiz lebt eine Kultur der Kompromisse.»

Markus Freitag

Überzogene Kritik an «weissen Männern», narzisstische Kränkung bei den Angesprochenen: Beide Seiten haben ihre blinden Flecken, meint Virginia Richter.





In der Schweiz gibt es kaum Abgehängte, wie man es aus Frankreich, Grossbritannien und den USA kennt, sagt Markus Freitag.

Freitag: Zur Entwicklung beigetragen hat ein Stadt-Land-Konflikt, geschürt von der Finanzkrise. Das schüttelte die USA durch, führte zu Statusverlusten gewisser Gesellschaftssegmente, ganze Regionen wurden abgehängt und mit ihren Werten nicht mehr ernst genommen. Diese Frustration hat Trump bei den Wahlen enorm geholfen und nährt seine Hoffnungen auf ein Comeback.

Die Linke in den USA machte mit Kampagnen wie «Me too» und «Black Lives Matter» auf sich aufmerksam, die auch in Europa wirken ...

Richter: ... wobei ich ihre Vehemenz etwas hinterfrage, da wird einiges überzeichnet: Bei uns arbeitet doch die Mehrheit der so abgekanzelten «weissen Männer» teamorientiert, will sich nicht mit aller Macht durchsetzen und beteiligt sich an der Erziehungsarbeit. Umgekehrt sind auch die Reaktionen überzogen: Wer sich von «Me too» bedroht fühlt, ist eine kleine Minderheit – allerdings eine gut sichtbare. Dazu gehören auch Chefredaktoren und Professoren, die durchaus einen guten Zugang zu Medien haben und sich Gehör zu verschaffen wissen. Ausgerechnet diese lamentieren dann lautstark, wie rassistisch oder sexistisch es sei, wenn sie nicht länger nur als Individuum betrachtet werden. Statt ihre narzisstische Kränkung lautstark zu beklagen, sollten sie einsehen, dass alle Menschen zunächst einmal als Mitglieder sozialer Gruppen kategorisiert werden.

Wie weit greifen diese Bewegungen Probleme auf, die auch bei uns tatsächlich existieren?

Freitag: Ich bin kein Experte für Identitätspolitik, stelle aber wie die Schriftstellerin Nele Pollatschek unlängst in «Die Zeit» fest, dass es zwei unversöhnliche Lager gibt: Die Universalisten pochen darauf, der Mensch könne nicht auf ein einziges Kriterium beschränkt werden, die Welt sei vielfältiger. Zudem sei es mit der Ungleichheit nicht so dramatisch und man solle doch die echten Probleme angehen, statt die Gesellschaft zu spalten. Das andere Lager, das sich

der Identitätspolitik verschrieben hat, will den Benachteiligten eine Stimme geben und Ungleichheit aller Art radikal ausmerzen, etwa mit Quoten, einer gendergerechten Sprache oder Antidiskriminierungsmassnahmen.

Harmonie sieht anders aus ...

Freitag: Aus meiner Sicht müssten beide Lager jeweils eine Frage für sich beantworten: Die Universalisten müssten zur Kenntnis nehmen, dass es durchaus objektiv feststellbare Ungerechtigkeiten gibt – und Wege aufzeigen, wie sie diese angehen wollen. Denn es ist heikel, aus einer Mehrheitsposition der Minderheit Vorgaben zu machen. Und den Identitätspolitikern würde ich die Frage stellen, wie man es schafft, die von ihnen vertretenen Partikularinteressen so zu bündeln, dass die Gesellschaft nicht weiter fragmentiert wird und der soziale Kitt porös wird. Ziel muss es sein, dass sich die beiden Lager diesen Fragen stellen und aufeinander zugehen.

Richter: Tatsächlich verabsolutieren sich beide Positionen und sehen den eigenen blinden Fleck nicht. Heilsam wäre eine gewisse Selbstbefragung, mehr Selbstkepsis. Die Umsetzung ist natürlich schwierig, weil sich die zwei Gruppen kaum treffen. Es tönt vielleicht naiv, aber am Schluss geht es schlicht darum, wieder miteinander zu reden.

Freitag: Viele kaprizieren sich auf ihrer Position. Bei diesem Scheuklappendenken wirken Social Media wie ein Katalysator: Sie ermöglichen Blasen, in denen es vor allem um Schlagworte geht. Es sind alte Werte, die nottun: Respekt, Zuhören, Toleranz. Man muss lernen, eine Meinung, die man zwar für falsch hält, trotzdem zu respektieren. Die Schweiz hat dafür gute Voraussetzungen, weil sie eine Kultur der Kompromisse lebt. Gemäss meinen Forschungen stuften sich 40 Prozent der Befragten als «verträglich» ein: Sie sind für Vermittlung zu haben.

Zum Sprechen gehört neuerdings auch das Gendern – das ist anstrengend ...

Richter: In einer Gruppe kann man den ersten Schritt tun, indem man zu Beginn fragt, wie das Gegenüber angesprochen werden will. Die andere Seite könnte entgegenkommen, indem sie die politisch korrekte Anrede weniger hart einfordert. Immerhin haben nicht alle immer jede Verästlung der korrekten Anrede präsent.

Wie mächtig ist denn Sprache überhaupt?

Richter: Sprache hat keine magische Kraft. Wer gendert, erhöht damit nicht automatisch den Frauenanteil in einem Verwaltungsrat. Aber Sprache verändert das Denken. Ob ich Nutte, Prostituierte oder Sexarbeiterin sage, produziert ein ganz anderes Bild. Leider verwenden wir Begriffe und Beschimpfungen oft gedankenlos.

Gewisse Kreise fordern, dass sich nicht nur in der gesprochenen, sondern auch in der geschriebenen Sprache politische Korrektheit durchsetzen soll.

Richter: Als Literaturwissenschaftlerin ist für mich eine grosse Frage, wie in historischen Texten mit dem N-Wort umzugehen ist. Ein Text ist heilig: Ein Wort durch ein anderes zu ersetzen, weil das alte nicht mehr akzeptiert ist, geht nicht. Möglich sind Anmerkungen – wenn das bei Kinderbüchern auch ziemlich langwierige Erklärungen nach sich zieht.

Eindeutiger ist es, wenn Denkmäler gestürzt werden ...

Richter: Ein solcher Vorfall kann tatsächlich zu fruchtbaren Diskussionen führen. Nehmen wir den Sklavenhändler Edward Colston, dem Bristol 150 Jahre nach seinem Tod aus Dankbarkeit für seine Grosszügigkeit gegenüber der Stadt eine Statue errichtete. 100 Jahre lang scherte sich niemand um die Frage, wie er zu seinem Vermögen gekommen war. Erst vor 30 Jahren kam Kritik auf. Doch die Stadt verpasste es, das Monument mit einer Plakette historisch einzuordnen. Vor zwei Jahren kippten nun Demonstranten Colston vom Sockel und ins Hafenbecken.

Muss man denn immer Tabula rasa machen?

Richter: Keineswegs, man soll jedes Denkmal individuell behandeln. Beim einen macht eine Kontextualisierung Sinn, andere könnten ins Museum verbannt werden – und wieder andere sollten entsorgt werden, so wie das nach dem Krieg in Deutschland mit den Hitler-Statuen geschah.

Freitag: Wieder macht es Sinn, die andere Perspektive einzunehmen. Wer die Mehrheitskultur vertritt, hat womöglich ein schwächer ausgeprägtes Bewusstsein für Benachteiligung und Identitätspolitik. Diesbezügliche Diskussionen künftiger Generationen könnten dabei auch von einem systematischen Ausbau der politischen Bildung oder des Schulfachs Ethik profitieren.

Eine weitere Bruchlinie ist seit Jahrzehnten bekannt, wird jedoch erst seit Kurzem politisch bewirtschaftet: der Stadt-Land-Graben. Markus Freitag, Sie forschen zum Thema Agglomeration, zum Übergang von Stadt und Land. Hat sich diese Hassliebe in den letzten Jahren tatsächlich akzentuiert?

Freitag: Natürlich gibt es Unterschiede, was die politischen Einstellungen auf dem Land und in den Kernstädten angeht: Landwirtschaft, Aussenpolitik, Migration oder Gleichstellung. Doch diese Mentalitätsunterschiede sind nicht neu. Und streng genommen leben nur 15 Prozent

«An der Uni soll auch gelehrt werden, zur eigenen Idee auf Distanz zu gehen.»

Virginia Richter

Die föderale Struktur der Schweiz ist ein wunderbares Experimentierfeld zur Entwicklung neuer Ideen, sagt Markus Freitag.





Eine Universität hat unbedingt etwas gegen gesellschaftlich spaltende Entwicklungen beizutragen, sagt Vizerektorin Virginia Richter.

der Bevölkerung auf dem Land. Wenn also «das Land» eine Volksabstimmung gewonnen hat, muss es schon den einen oder anderen Überläufer gegeben haben ...

Oder leben auch in der Stadt «Ländlerinnen»?

Freitag: Tatsächlich verstehen sich viele Menschen als «Menschen vom Land», obwohl sie gemäss der strengen statistischen Definition nicht dort wohnen. Wir arbeiten gerade in einem europäischen Projektverbund zum Thema, um mehr Klarheit zu schaffen. In der Agglomeration etwa leben viele Menschen, die zwar in die Stadt pendeln, sich mental aber dem Land verbunden fühlen. Auch Kleinstädte scheinen von den Mentalitäten hie und da eher dem Ländlichen zugewandt. Von einem harschen Stadt-Land-Graben zu sprechen greift also zu kurz.

Auch diesen Gegensatz scheint die Schweiz also ganz gut zu meistern. Könnte unser kleinteiliges Land sogar als Labor dienen, um Lösungsansätze zu entwickeln, die auch andernorts greifen?

Freitag: Ich lebe seit über 25 Jahren in der Schweiz und bin durchaus der Meinung, dass hier Innovationen durch die Kleinteiligkeit gefördert werden. Die föderale Struktur ist ein wunderbares Experimentierfeld zur Entwicklung neuer Ideen.

Blicken wir in die Zukunft: Welche gesellschaftlichen Konflikte warten noch auf uns?

Freitag: Falls die Pandemie wirklich vorbei ist, wird uns die Umwelt- und Klimakrise weiter beschäftigen, erst recht im Zuge der Verteilungskämpfe um knapper werdende finanzielle Ressourcen. Eine weitere Front könnte sich zwischen Alten und Jungen auftun oder zwischen Anhängern der politischen Öffnung zur EU und Isolationistinnen.

Wie könnte sich die Gesellschaft rüsten, um konstruktiv mit alten und noch kommenden Spaltungen umzugehen?

Richter: Die grosse Gefahr ist die affektive Polarisierung: Dass man sich also mit seiner Gruppe komplett im Recht fühlt und mit anderen Gruppen keinen Dialog mehr führt. Ob es ums Private oder ums Politische geht: Wir mögen zwar furchtbar klug sein, aber wir können uns auch irren ...

Soll die Universität ebenfalls etwas beitragen gegen spaltende Entwicklungen?

Richter: Unbedingt! Als Bildungsinstitution ist es unsere Aufgabe, über die eigene Position zu reflektieren und sie zu objektivieren. Thesen sind nicht sakrosankt, sondern gehören diskutiert. An der Uni soll auch gelehrt werden, zur eigenen Idee auf Distanz zu gehen und liebgewordene Überzeugungen zu hinterfragen. So funktioniert nun mal Wissenschaft. Die Universität ist auch verantwortlich dafür, Lehrpersonen auszubilden, die dieses selbstkritische Denken weiter in die Bevölkerung und vor allem in die junge Generation hinaustragen.

Freitag: Da bin ich sehr einverstanden – umso mehr, als unser Berufsstand gelegentlich Mühe hat, sich von anderen Vorstellungen überzeugen zu lassen. Es wäre aber ganz allgemein wohltuend, nicht immer auf der eigenen Meinung zu beharren, eigene Fehler einzugestehen, andere Ideen zu akzeptieren – und dafür den anderen vielleicht sogar einmal ein Lob auszusprechen.

Kontakte

Prof. Dr. Virginia Richter
Vizerektorat Entwicklung,
Institut für Englische Sprachen und Literaturen
virginia.richter@unibe.ch

Prof. Dr. Markus Freitag
Institut für Politikwissenschaft (IPW)
markus.freitag@unibe.ch

Was spaltet uns?

Das Thema ist offensichtlich heikel. Nur wenige Studentinnen und Studenten waren im Januar bereit, mit Name und Bild an der Umfrage teilzunehmen – und zu erzählen, wo sie Spaltungen in der Gesellschaft spüren und wie sie damit umgehen.

Umfrage: Maura Widmer

Yanick Etter

27, Germanistik

«Nicht die Spaltungen an sich, sondern eher der Umgang mit ihnen hat sich stark verändert. Durch die Schnellebigkeit der heutigen Gesellschaft kann auf den digitalen Plattformen in Sekunden Kritik gepostet und hochgeschaukelt werden. Social Media verleihen allen Interessierten ein Sprachrohr, auch solchen, die Spaltungen fördern, statt Lösungen zu suchen. Spaltungen können aber auch eine verstärkte Diskussion zu bestimmten Themen fördern. Das mag sinnvoll sein. Allerdings bräuchte es diese Diskussion ohne vorherige Spaltung auch gar nicht. Für mich ist die Kluft zwischen Alt und Jung aktuell besonders gross. Fehlendes Verständnis auf beiden Seiten führt zu Unsicherheit und Unzufriedenheit, was der Gesellschaft als Ganzes schadet.»



Aleksandra Nikolic

24, Musikwissenschaften

«Die grösste Spaltung sehe ich in den Medien. Dabei spielt es keine Rolle, ob es soziale oder klassische Medien wie Zeitungen sind. Doch die Social Media definieren die Realität neu, sodass nichts mehr wirklich der Wirklichkeit entspricht. Vor allem die jüngere Generation wird dabei nicht verschont; sie ist diesen unmöglichen Idealen ausgesetzt. Ausserdem ist es in den Social Media um einiges einfacher, negative Botschaften und Meinungen zu verbreiten. Viele Zeitungen haben sich daran ein Beispiel genommen, um Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Es geht nicht mehr darum, wer die Wahrheit erzählt, sondern wer die meisten Klicks und Likes hat. Für mich hat schon das Wort «Spaltung» etwas Negatives an sich – man wird von etwas geteilt.»



22, Geschichte

«Momentan hat die Impffrage zu einer der grössten Spaltungen der letzten 100 Jahre geführt. Wie man aber zum Beispiel in den USA sehen kann, ist auch die Spaltung zwischen den beiden dortigen politischen Parteien und Meinungen enorm. Eine Spaltung fühlt sich für mich nicht immer negativ an, denn sie ist auch ein Zeichen von verschiedenen Meinungen, was wiederum mit Meinungsfreiheit zusammenhängt. Zu wenig thematisiert wird die Spaltung zwischen Armen und Reichen. Die Oberschicht wird immer wohlhabender, während sozial Schwache oder auch arme Länder immer mehr ins Elend abgleiten. In Afrika und Asien gibt es beispielsweise immer noch Krankheiten, an denen viele Menschen sterben, während man bei uns einfach eine Tablette dagegen nehmen kann.»



Maëlle Dänzer



22, Medizin

«Egal wo man hingeht: Heutzutage ist das Erste, was man gefragt wird: geimpft oder genesen? Im Moment ist die grösste Spaltung in der Gesellschaft jene zwischen Impfgegnerinnen und Impfbefürwortern. Jene, die nicht geimpft oder genesen sind, können nicht in Bars oder Restaurants gehen und müssen zu Hause bleiben. Das führt dazu, dass sie automatisch auch von der Gesellschaft ausgegrenzt werden. Für mich fühlt sich eine Spaltung vorwiegend negativ an, denn es ist weitaus mehr als nur eine Meinungsverschiedenheit. Die Schere zwischen Arm und Reich wird ebenfalls zu wenig thematisiert. In einer Gesellschaft, in der diese Ungleichheit zunimmt, kann es vermehrt zu Konflikten kommen. Das haben andere Länder bereits deutlich gezeigt.»



22, Volkswirtschaftslehre und Nachhaltige Entwicklung

«Eine Spaltung sehe ich insbesondere in der zunehmenden Polarisierung der politischen Interessen.

Viele Menschen sehen nur noch schwarz oder weiss, wobei die notwendige Diskussionsgrundlage schwindet. Spaltungen sind nicht per se negativ. Entwickeln sich diese jedoch ohne vernünftige Argumentation und aufgrund von Stur- und Blindheit, wird es problematisch. Global gesehen gibt es reichlich Spaltungen, über die man sprechen sollte. Gerade die Ausbeutung des globalen Südens, die Aussenpolitik – wir laufen gerade blind in einen neuen Kalten Krieg hinein – und die Geschlechterdiskriminierung in grossen Teilen der Welt sind für mich zentral. Dass in entwickelten Gesellschaften darüber gesprochen und berichtet wird, ist gut und wichtig. Fehlt es jedoch an Mut und Wille, die Verantwortlichen öffentlich beim Namen zu nennen, ist das Resultat bescheiden.»

22, Erziehungswissenschaft

«Spaltung formt sich durch Individuen mit unterschiedlichen Perspektiven, ist also Ausdruck von Individualität. Spaltung ist nicht per se mit Konsequenzen behaftet und wird erst problematisch, wenn sich Gruppierungen, Anfeindung und Diskriminierung als Ergebnis der Dynamik bilden. Ebenso individuell wie Spaltung ist deren Wahrnehmung als positiv oder negativ. Ziel sollte sein, über Spaltungen hinaus zu interagieren, nicht konkurrierende Perspektiven zu fördern und einer entstehenden Benachteiligung entgegenzuwirken.»



23, Germanistik

«Spaltung nehme ich besonders stark in Bezug auf die Corona-Massnahmen wahr. Gründe dafür sehe ich in der Angst vor schweren Verläufen, vor Verlusten und in der Sehnsucht, endlich wieder ein normales Leben zu führen. Ob sich Spaltung für mich positiv oder negativ anfühlt, ist sehr unterschiedlich. In Bezug auf Corona ist die Spaltung sehr negativ und belastend. Ansonsten empfinde ich verschiedene Meinungen eher als bereichernd für unseren öffentlichen Diskurs und würde dies gar nicht als «Spaltung» bezeichnen. Gewisse Spaltungen werden zu wenig thematisiert. Dazu gehören beispielsweise Berufsgruppen, die – wie das Gesundheitspersonal – ebenfalls massiv unter der Coronakrise gelitten haben, aber noch keine Initiative lanciert haben, um die Zustände zu verbessern.»

Verbitterung isoliert

Damit eine Gesellschaft offen bleibt, muss sie sich an neue Umstände anpassen können. Wie das Individuum lernen kann, mit Schicksalsschlägen umzugehen, weiss Hansjörg Znoj, emeritierter Professor für Gesundheitspsychologie und Verhaltensmedizin.

Von Bettina Hägeli

Einen schweren Schicksalsschlag psychisch zu bewältigen ist eine Herausforderung. Beispielsweise ist es für Hinterbliebene wichtig, den Verlust eines nahestehenden Menschen in ihr Weltbild zu integrieren. «Eine Frau, die ihr Kind verloren hatte, erklärte mir, dass sie diesen Verlust wie eine Amputation empfinde», sagt Hansjörg Znoj, emeritierter Professor für Gesundheitspsychologie und Verhaltensmedizin an der Universität Bern. Anders gesagt: Die Trauernde vermisst ihr Kind, das wie selbstverständlich zu ihrem Dasein gehörte.

Für die betroffene Mutter beginnt der einsame Prozess, diese Abwesenheit zu akzeptieren. Dabei muss sie lernen, die oft wechselnden Gefühle zu differenzieren und ihnen einen Namen zu geben. Hadert sie mit dem Schicksal und ist wütend? Umgibt sie das Gefühl einer unendlichen Trauer? Oder fühlt sie sich sogar schuldig? Seine Gefühle anzunehmen und einzuordnen verhindert, dass sie verdrängt werden. «Dabei braucht es unbedingt eine gesunde Balance. Man muss vermeiden, in negativen Gefühlszuständen zu versinken, und sollte sich auch Ablenkung gönnen», rät Znoj. Viele von uns haben seelische Narben, die wir das ganze Leben über pflegen müssen. «Die Zeit heilt nicht alle Wunden. Aber die Zeit hilft uns, den Schmerz zu integrieren.»

SELBSTHILFE FÜR TRAUERENDE

Znoj hat in langjähriger Forschungsarbeit Selbsthilfeprogramme für Trauernde und Getrennte entwickelt. Er betont, dass es in schweren Lebensphasen besonders wichtig ist, seine Bedürfnisse wahrzunehmen und ihnen Raum zu geben. In kurzen Momenten glücklich zu sein fördere den Prozess, das Schicksal zu akzeptieren. Auch das soziale Umfeld spiele dabei eine massgebende Rolle: Wer leidet, will ernst genommen, aber auf keinen Fall als krank klassifiziert werden.

Trauer gehört zum Leben, sie muss aber von den Mitmenschen als solche eingestuft werden. «Wird man vom Umfeld getragen, können die Gefühle zugelassen werden, sich lang-



© Dres Hubacher



Es ist Aufgabe der Gesellschaft, kritischen Stimmen Gehör zu schenken, sagt Hansjörg Znoj.

sam wieder im Normbereich einpendeln und sich abschwächen», ist die Erfahrung Znojs. Erst dann verändert sich der Schmerz und transformiert sich in eine neue Gefühlslandschaft. «Nach und nach blockiert der Verlust nicht mehr das gesamte Dasein einer Person. Er wird Teil der Biografie und ermöglicht der Persönlichkeit, sich weiterzuentwickeln.» Allerdings sei dieser Schritt schwierig, solange sich die Identität der Mutter, die ihr Kind verlor, lediglich über das Muttersein definiert. Umso hilfreicher sei es, sich neue Perspektiven zu eröffnen, um sich selbst neu kennenzulernen. So kann sich die eigene Identität verändern, statt dass man sich in der Trauer verliert und sozial abspaltet. Darin liegt wohl die Chance für einen selbst, aber auch die Möglichkeit, sich in der Gesellschaft wieder aufgehoben zu fühlen.

FEHLT DER HALT, DROHT GEWALT

Wie wir unsere Identität bilden und weiterentwickeln, ist von äusseren Umständen abhängig. Das gilt nicht nur fürs Individuum, sondern auch für uns als Gesellschaft. Was aber passiert, wenn die Struktur bröckelt, auf der unser Weltbild ruht? Hansjörg Znoj erklärt es mit einem Blick in die Geschichte: «Immer, wenn sich eine Veränderung anbahnte und die Gesellschaftsstruktur sich nicht an diese anpassen konnte, gab es gewaltvolle Ereignisse oder sogar Kriege.» Als ein Beispiel nennt er den Zweiten Weltkrieg. Wenn bewährte Strukturen nicht mehr halten, suchen wir vergeblich nach Halt, und Angst kommt auf. Znoj: «Fehlt die Verankerung, wächst die Verunsicherung – individuell und auch als Gesellschaft.» Die Fronten verhärten sich, die Spaltung vertieft sich. «Eine gewaltfreie, ideale Gesellschaft hingegen bietet den Individuen verschiedenste Möglichkeiten an, damit sie sich als Teil des Gemeinwohls fühlen und die Gewissheit haben, der Gemeinschaft etwas zurückgeben zu können», sagt Znoj. Es sei Aufgabe der Gesellschaft, kritischen Stimmen Gehör zu schenken. Kritik und deren Berücksichtigung seien für das Fortbestehen einer intakten, anpassungsfähigen Gesellschaft unabdingbar, so der Psychologe.

Jedes Individuum trägt Verantwortung für sich selbst, aber auch Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft. Dabei geht es darum, sich für gesellschaftliche Veränderungen zu öffnen und über persönliche Entwicklungen zu reflektieren. Wer einen Schicksalsschlag nicht in sein Leben integriere,



Kritik und deren Berücksichtigung sind für das Fortbestehen einer intakten, anpassungsfähigen Gesellschaft unabdingbar, so der Psychologe.

verharre in der Opferrolle mit der Frage, warum es ausgerechnet ihn oder sie getroffen hat. «Diese Frage ist im ersten Moment als Schutz durchaus hilfreich», räumt Znoj ein. Doch bleibt es bei der Anklage, bestehe die Gefahr, dass sich die Psyche in einer chronischen Verbitterung wiederfindet. «Verbitterung ist eine Haltung, die uns ins Abseits führt», sagt Znoj. Diese Opferhaltung ist defensiv und bietet fruchtbaren Boden für Vorstellungen von «bösen Machthabern» oder für den Glauben an Verschwörungstheorien. Schliesslich ebnet sie den Weg zu Gruppierungen, die destruktiv und sogar mit Gewalt in die bestehende Gesellschaftsstruktur eingreifen.

GEMEINSCHAFTSSINN STATT NUR LEISTUNG

Es bleibt ein steter Prozess, die Gesellschaft als Gemeinschaft von Individuen zu reflektieren und zu verstehen. Dabei verschiebt der Zeitgeist die Gewichtung, wo das Individuum aufhört und wo die Gesellschaft beginnt. Als Person steht man ständig zwischen den beiden Polen, sich auf sich selbst zu konzentrieren und sich gegen aussen zu öffnen. Schliesslich bewegt sich unser Leben zwischen den identitätsbildenden Fragen: Wer bin ich? Und wer bin ich innerhalb der Gemeinschaft?

Die zunehmende Individualisierung sei deshalb bedenklich. Zukünftig müssen wir uns vielmehr Gedanken dazu machen, wie wir unsere Gesellschaft stärken können, bringt Hansjörg Znoj ein. «In Indonesien zum Beispiel ist die Bevölkerung traditionell stark am Gemeinwohl orientiert.» Bis zu ihrem Tod seien die Menschen geborgen in Beziehungen, alte Menschen vereinsamen kaum. Selbst nach dem Tod leben sie als Ahnen in den Nachkommen weiter. Anders in unserer Leistungsgesellschaft, hier erfolgt die Bestätigung überwiegend durch die Lohnarbeit. Znoj: «Angesichts von Burn-out, Arbeitslosigkeit und Vereinsamung drängt sich die Frage auf, ob wir nicht, statt den Output zu maximieren, den Gemeinschaftssinn stärken sollten.»

Kontakt

Prof. em. Dr. Hansjörg Znoj
hansjoerg.znoj@unibe.ch

Social Media trüben das Vertrauen

Von rechtspopulistischen Inhalten bis hin zu Covid-19-Verschwörungstheorien – im Internet findet sich eine Vielzahl an Kanälen mit fragwürdigen Inhalten. Doch wer nutzt diese Plattformen und mit welchen Konsequenzen?

Von Julia Konstantinidis

Silke Adam, Direktorin des Instituts für Kommunikations- und Medienwissenschaften der Universität Bern (ikmb), untersucht mit ihrem Team in Zusammenarbeit mit der Universität Koblenz-Landau, wie sich politische Einstellungen in digitalen Informationsumgebungen entwickeln. Dafür wurden 2020 Daten erhoben, die jetzt analysiert werden. Das Projekt wird vom Schweizerischen Nationalfonds und der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert. «Mit der Studie möchten wir herausfinden, wie Menschen mit populistischen, rechtsradikalen Einstellungen zu ihren Informationen kommen und wie sie sich online verhalten – vor allem auch, ob sie verstärkt Medien konsumieren, die ihre Voreinstellungen bestätigen», erklärt Assistent Mykola Makhortykh, der an der Studie mit dem Titel «Populist radical-right attitudes and political behaviour» beteiligt ist.

Dass sich die Forschungskooperation auf politisch rechtes Gedankengut konzentriert, ist auch der Tatsache zuzuschreiben, dass Organisationen und Interessengruppen dieser Gesinnung im Netz sehr aktiv sind. So spricht etwa die rechtspopulistische Partei Alternative für Deutschland (AfD) ihre Wählerinnen und Wähler zu einem grossen Teil via Social Media an. Ein anderes internationales Beispiel für die bevorzugte Nutzung von Facebook, Telegram und ähnlichen Kanälen durch Politiker mit rechtspopulistischem Hintergrund ist Donald Trump. Der ehemalige Präsident der USA äusserte sich in seinem letzten Amtsjahr durchschnittlich 36 Mal pro Tag auf Twitter. Er prägte zudem den Begriff der Fake News, die angeblich von den «Mainstream-Medien» verbreitet werden.

3,5 MILLIONEN WEBSITES REGISTRIERT

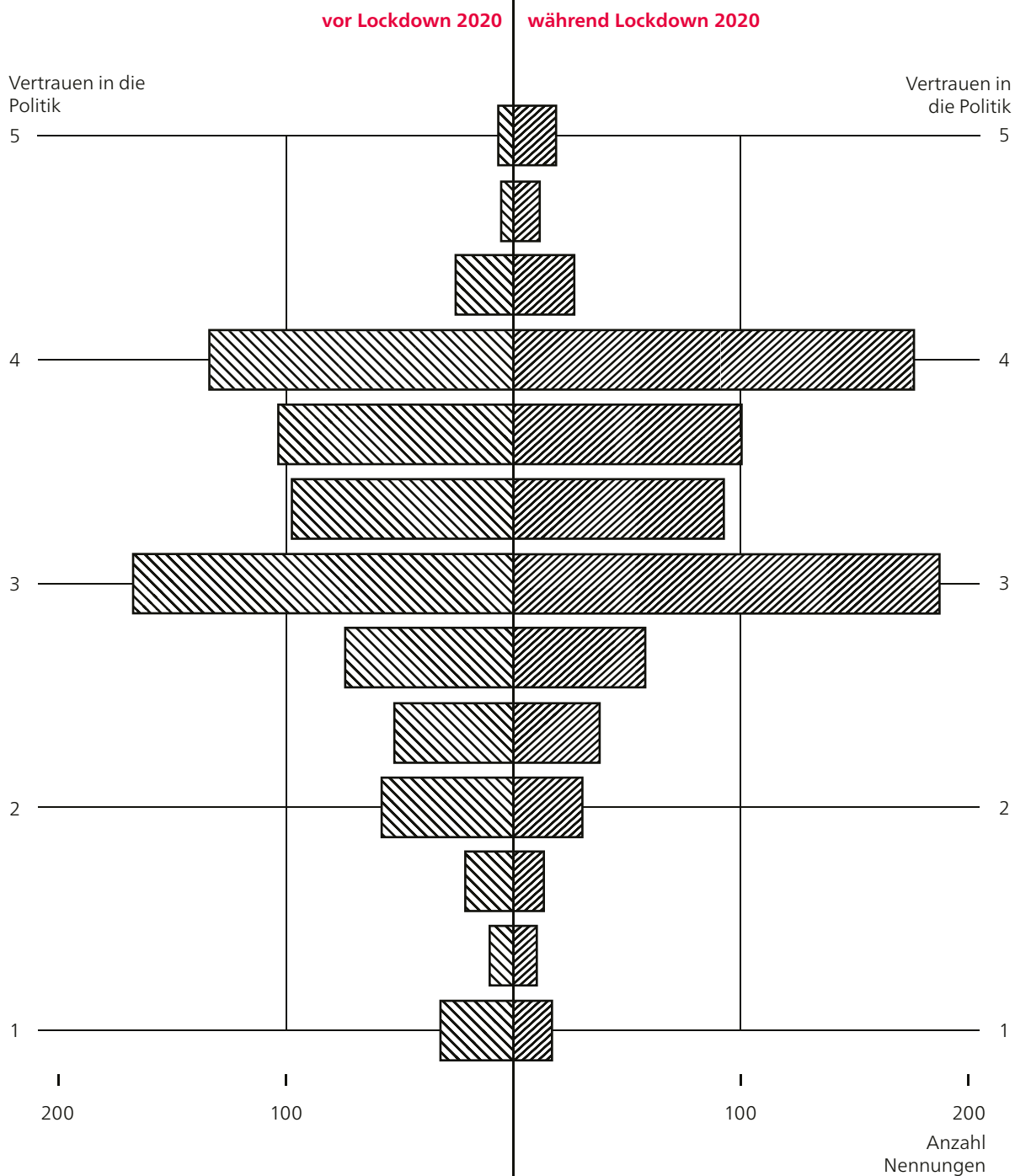
«Für die Datenerhebung haben wir eine spezielle Software entwickelt, die uns Informationen darüber lieferte, welche Inhalte die Studienteilnehmenden im Internet aufrufen», so Makhortykh. Die Kohorte setzte sich aus etwa 1000 Personen aus der Schweiz und der doppelten Anzahl aus Deutschland zusammen, die gemäss bevölkerungsrepräsentativer Quoten ausgewählt wurden.

Unter Einhaltung strenger Datenschutzbestimmungen verfolgten die Forschenden im Frühling und Herbst während jeweils mehrerer Wochen, wer welche Websites nutzt. Berücksichtigt wurden öffentliche Beiträge von Social-Media-Kanälen wie Facebook oder Twitter sowie Online-Medien, Nachschlagewerke oder Suchmaschinen. Insgesamt wurden 19 624 Zugriffe auf Nachrichtenseiten analysiert. Nur eine geringe Zahl von 103 Treffern – 0,5 Prozent – entfiel auf alternative Nachrichtenplattformen; Seiten, die eher rechtspopulistisches Gedankengut fördern.

DER WEG FÜHRT ÜBER SOCIAL MEDIA

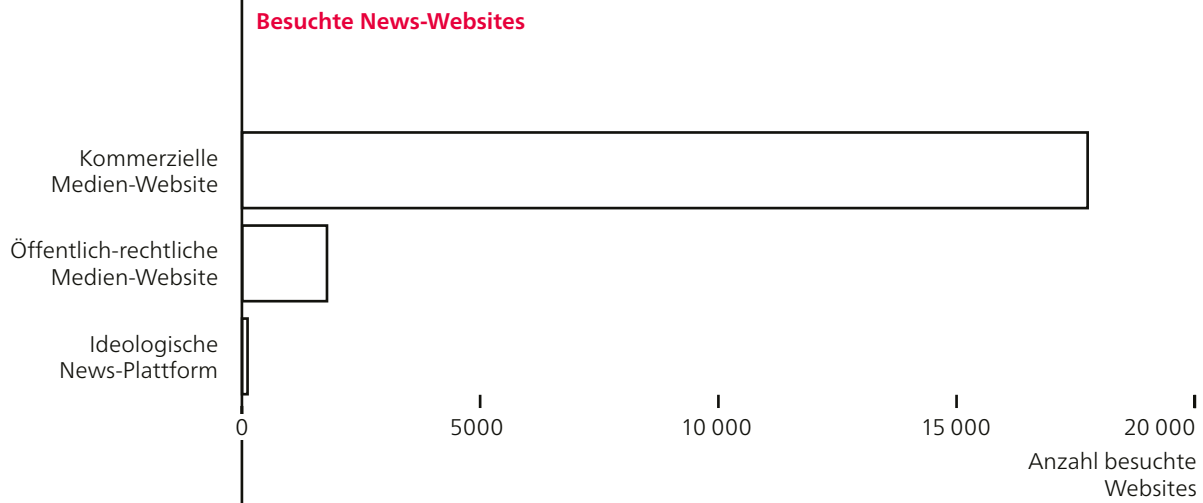
Ernesto de León, Assistent an der Uni Bern, analysiert derzeit die erhobenen Daten: «Unter anderem möchten wir wissen, wie die Nutzerinnen und Nutzer zu den alternativen, gegen den Mainstream gerichteten Sites gelangen.» Die Vermutung war, dass ein grosser Teil der User über Social Media auf die Plattformen stösst. Die eigens entwickelte Software machte es möglich, die digitalen Wege des Zugriffs zurück-

Vertrauen der Schweizer Bevölkerung in die Politik

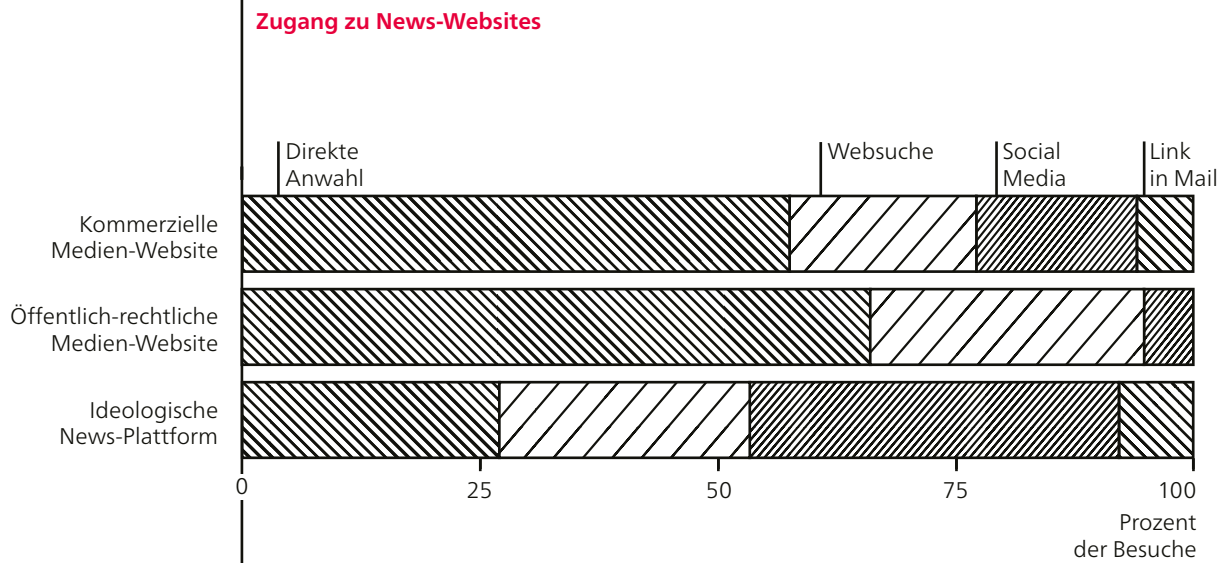


Anders als vielleicht angenommen nahm das Vertrauen der Schweizer Bevölkerung in die Politik während des Lockdowns 2020 zu (rechte Balken) gegenüber der Zeit vor dem Lockdown (linke Balken). Lesebeispiel: Die Zahl der Befragten, die ein tiefes Vertrauen von weniger als 3 auf der Skala haben, sank während des Lockdowns.

Quelle: ikmb



Nur gut 100 der insgesamt 19.600 angewählten Websites entfielen auf ideologische News-Plattformen, knapp 1.800 auf Sites von öffentlich-rechtlichen Medien. Der Rest betraf kommerzielle Medien-Websites.



Websites von kommerziellen und öffentlich-rechtlichen Medien werden überwiegend direkt angesteuert, während ideologische News-Plattformen mehrheitlich via Posts auf Social Media angewählt werden.

Quelle: ikmb

zuverfolgen. Die Auswertungen der erhobenen Daten bestätigten die bisherige Vermutung, so de León: «Alternative News werden zu 39 Prozent indirekt aufgerufen, also über Posts in Social Media.»

Doch was lösen die Informationen aus? Um dies zu beantworten, werden die Mediennutzungsdaten mit Befragungsdaten, bei denen die Studienteilnehmenden einen Fragebogen ausfüllen, zusammengeführt. Obwohl die Analysen hier noch ganz am Anfang stehen, zeichnen sich erste Befunde ab. So kann gezeigt werden, dass eine verstärkte Nutzung von alternativen, gegen den Mainstream gerichteten Nachrichtenplattformen einhergeht mit einem Vertrauensverlust in die Politik während der Pandemie. Zudem betrifft dieser Vertrauensverlust vor allem jene, die Covid-19 nicht als Bedrohung ihrer Gesundheit wahrnehmen.

Interessanterweise gibt es bei denjenigen, die alternative Kanäle nutzen, kaum Unterschiede, was Alter oder Geschlecht angeht. Die Studie weist jedoch auch eindrücklich darauf hin, dass nur eine Minderheit in der Schweiz überhaupt Nachrichten über Social Media bezieht. Ernesto de León: «Die meisten der befragten Personen gehen direkt auf bekannte Informationsplattformen des Service public oder etablierter Zeitungen.» Allerdings, so der Forscher, benutzten die Studienteilnehmenden Desktop-Computer. Die Daten ihrer Mobiltelefone seien nicht erhoben worden. «Es ist gut möglich, dass es einen Unterschied macht, ob man mit dem PC oder dem Handy online ist», gibt de Leóns Kollege Makhortkyh zu bedenken.

TECHUNTERNEHMEN IN DIE PFLICHT NEHMEN

Diese ersten Befunde zeigen, wie wichtig es ist, zu untersuchen, über welche Kanäle sich Bürgerinnen und Bürger im digitalen Zeitalter informieren. Eine solche Untersuchung ist jedoch schwierig, da viele der heutigen Plattformbetreiber ihre Daten nur spärlich publizieren und so die Forschenden selbst aufwendige Infrastrukturen aufbauen müssen.

«Es ist wichtig, noch mehr Daten von diesen Infrastrukturbetreibern zu erhalten. So deklarieren sie oft nicht klar, wie sie Algorithmen einsetzen, oder sie unterbinden den Zugang zu solchen Informationen», sagt Analyst de León. Weiter sei es wichtig, bei der Medienkompetenz der User anzusetzen, insbesondere bei der jungen Generation. «Man sollte die Bevölkerung besser darüber aufklären, wie diese Kanäle funktionieren.» Denn vielen Usern sei nicht bewusst, dass ihr Nutzungsverhalten von Algorithmen gesteuert wird beziehungsweise wie sie unwahre Nachrichten erkennen können. Ebenso wichtig sei die Einführung von Regulatorien, um Transparenz einzufordern und fragwürdige oder gefährliche Inhalte strafrechtlich verfolgen zu können. De León ist überzeugt: «Es braucht Druck auf diese Unternehmen.»

Kontakt

Dr. Mykola Makhortkyh und Ernesto de León
Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft (ikmb)
mykola.makhortkyh@unibe.ch
ernesto.deleon@unibe.ch



© KEYSTONE/Christian Beutler

Nur eine Minderheit bezieht in der Schweiz Nachrichten über Social Media.



© KEYSTONE/Gaetan Bally

Selbsttäuschungen haben Sprengkraft

Doppelmoral – Wasser predigen und Wein trinken – zersetzt die Gesellschaft, ist aber relativ einfach zu entlarven. Viel schwieriger ist es, sich unbewussten Vorurteilen und Selbsttäuschungen bewusst zu werden, die zu Fehlurteilen und Fehlverhalten führen. Hier sind wir alle gefordert.



© KEYSTONE/PHOTOSHOT/Justin Ng/Avalon

Karikierte Doppelmoral: Der britische Premierminister Boris Johnson sagte, er sei mit einer Torte «überfallen» worden – als Antwort auf den Vorwurf, er habe während des Lockdowns eine Geburtstagsparty mit zahlreichen Gästen an der Downing Street abgehalten.

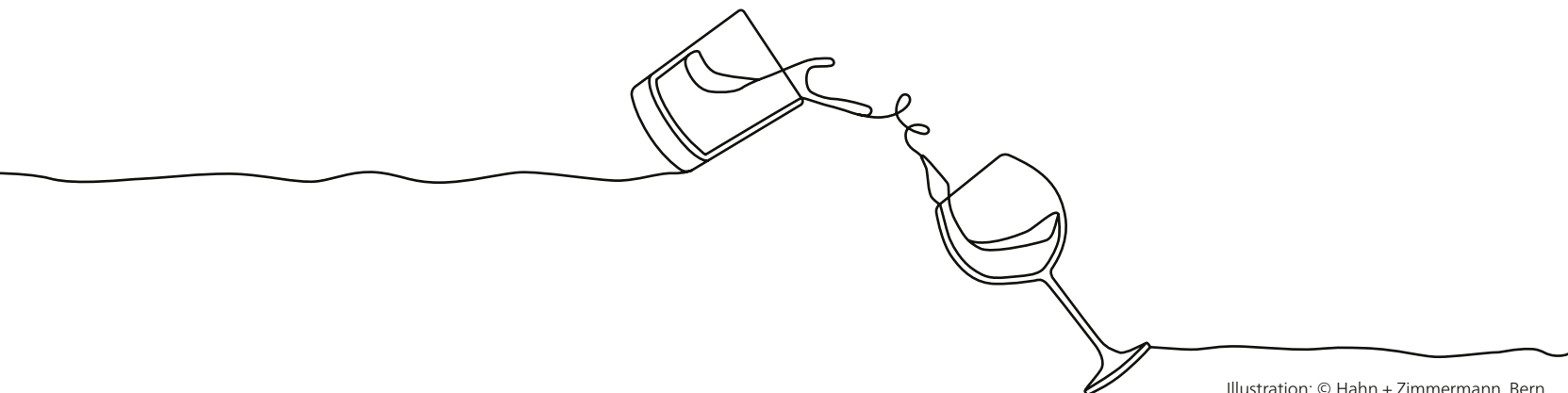


Illustration: © Hahn + Zimmermann, Bern

Von Isabelle Noth

Mit der ursprünglich aus dem religiösen Bereich stammenden Redewendung «Wasser predigen und Wein trinken» wird eine bestimmte Alltagsbeobachtung eingefangen, nämlich die der mangelnden Übereinstimmung zwischen dem vordergründigen Reden und dem tatsächlichen Handeln einer Person. Es geht um eine häufig mit dem Ausdruck «Doppelmoral» bezeichnete Erfahrung. Wenn also zum Beispiel der britische Premierminister einen Lockdown mitverantwortet, der dazu führt, dass einige Menschen sogar von ihren sterbenden Familienmitgliedern keinen Abschied nehmen können, er selber jedoch fröhliche Gartenfeste feiert, dann sendet Boris Johnson nicht nur widersprüchliche Signale aus, sondern hält sich offensichtlich nicht an die von ihm selbst verkündeten Massnahmen. Er hält andere zu einem Tun an, an das er sich selber nicht gebunden fühlt. Dem Volk predigt er Wasser, selber trinkt er jedoch Wein.

Die Beschreibung von Doppelmoral fand nicht zufällig in einer kirchlich konnotierten Redewendung von Wasser und Wein ihren Ausdruck, handelt es sich doch bei Religion um einen hochnormativen Kontext. Priester haben besonderen ethischen Anforderungen zu genügen. Umso gravierender ist es, wenn sie diesen nicht gerecht werden. Gerade in der Seelsorge kann dies verheerend wirken, wie aktuell die Enthüllungen zum massiven Ausmass sexualisierter Gewalt in der römisch-katholischen Kirche zeigen. Doppelmoral zersetzt moderne Gesellschaften und ihre Funktionssysteme, von der Politik und dem Recht über die Wirtschaft bis zu den Kirchen.

SELBSTTÄUSCHUNGEN SIND GANZ NORMAL

Doppelmoral ist relativ einfach erkennbar. Anders verhält es sich mit Vorurteilen und Selbsttäuschungen. Hier bewegen wir uns auf einer anderen, tieferen Ebene menschlichen Bewusstseins – tiefer, weil wir in Bereiche vorstossen, die (anders als der Unterschied zwischen Wasser und Wein)

Menschen in der Regel nicht bewusst und ihnen auch nicht ohne Weiteres zugänglich sind. Wenn es in den USA wieder einmal zur tragischen Tötung eines Schwarzen kommt und ein dafür verantwortlicher Polizist im Interview ritualmässig versichert, gewiss kein Rassist zu sein, so klingt das stets auch glaubwürdig, denn man spürt, wie ernst es dem Polizisten ist, nicht rassistisch sein zu wollen, dennoch dürfte es sich nur um die halbe Wahrheit handeln.

Auch Selbsttäuschungen aufgrund von tiefsitzenden Genderstereotypen sind weitverbreitet: So behaupten Eltern gerne, ihre Kinder absolut gleich und unabhängig vom jeweiligen Geschlecht zu erziehen. Ihnen ist schlichtweg die Macht gesellschaftlicher Stereotypen und deren Auswirkungen auf ihr eigenes elterliches Verhalten nicht bewusst.

SO ERKENNT MAN SEINE VORURTEILE

Diese Bereiche sind gerade nicht mit Fragebögen, Interviews und Selbsteinschätzungen zu erfassen, in denen Meinungen, Haltungen oder rationale Überzeugungen abgebildet werden. Dieser Umstand vermag insbesondere im akademischen Kontext ein gewisses Unbehagen auszulösen. Schon Sigmund Freud mit seiner Lehre vom unbewussten Seelenleben des Menschen kratzte einst am Selbstbild des Homo sapiens und fügte ihm nach der von Kopernikus verübten kosmologischen und der von Darwin verursachten biologischen die dritte und wohl schlimmste Kränkung zu, nämlich die psychologische. Freud fasst sie kurz und knapp im Bild zusammen, dass der Mensch «nicht Herr in seinem eigenen Hause ist». Es geschieht in den verschiedenen Räumen seiner Existenz vom Keller bis zum Estrich sehr vieles, das sich seiner bewussten Kontrolle entzieht. Er täuscht sich schlichtweg über sich selber und merkt es nicht.

Um einen Zugang zu diesen eher verborgenen Bereichen des menschlichen Seelenlebens zu bekommen, haben Psychologinnen und Psychologen neue Methoden entwi-

ckeln müssen. Explizite Einstellungen mögen mit herkömmlichen Methoden eruiert werden, doch nicht die impliziten, nicht bewusst zugänglichen und deshalb auch so hartnäckigen. «Ein Urteil lässt sich widerlegen, aber niemals ein Vorurteil», beobachtete schon 1880 die Schriftstellerin Marie von Ebner-Eschenbach. Es gibt verschiedene wissenschaftliche Messverfahren wie etwa reaktionszeitbasierte, implizite Assoziationstests, die Hinweise darauf geben, inwieweit jemand bestimmte Vorurteile hegt und Individuen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit bewertet respektive abwertet. Diese Verfahren sind weniger anfällig für Verzerrungen durch sozial erwünschte Antworten oder Täuschungsversuche. Sie sind computergestützt und messen Geschwindigkeiten, in denen Menschen Zuordnungsaufgaben lösen oder eben auch Fehler begehen. Einstellungen können so indirekt erfasst werden.

SELBSTERKENNTNIS HILFT

In modernen Gesellschaften und insbesondere an Universitäten wird zum Beispiel kaum jemand von sich selber sagen, Vorurteile gegenüber Lesben oder Schwulen zu haben. Erstaunlich ist dennoch, wie stark die Kenntnis über die sexuelle Orientierung eines anderen Menschen die eigene Wahrnehmung und das Verhalten bestimmt, wie empirisch

nachgewiesen werden kann. Wer sich den eigenen Selbsttäuschungen aussetzen möchte, besuche die unten angegebene Website der Harvard University und wähle einen der impliziten Assoziationstests aus, die zu unterschiedlichsten Dimensionen von «Religion» und «Weight» über «Transgender» und «Race» bis «Skin-tone» und «Arab-Muslims» entwickelt wurden. Solche Selbsttests führen zur (Selbst-) Erkenntnis, dass sich explizite und implizite Einstellungen eben nicht decken müssen, auch wenn unser Kopf und unsere Selbstwahrnehmung dies nicht wahrhaben mögen.

Der Intellekt hat nicht annähernd den Stellenwert, den ihm der vermeintlich so vernünftig reflektierende und rational handelnde Mensch selber gerne gibt. Der Soziologe Harald Welzer hielt fest: «Die Welt funktioniert kantianisch nur in dem schmalen Ausschnitt, den das wache Bewusstsein erfasst (...).» Dieser schmale Ausschnitt wird gerade an Bildungseinrichtungen, die sich der Vernunft und wissenschaftlicher Objektivität verschrieben haben, zum schmalen Grat und noch häufiger zur Quelle der Selbsttäuschung. Insbesondere Forschende sind zur Ausbildung und Nutzung wissenschaftlicher Rationalität angewiesen und zur grösstmöglichen Neutralität ihrem Untersuchungsgegenstand gegenüber verpflichtet. So versuchen sie etwa in gross angelegten empirischen Studien, Störvariablen radikal zu beseitigen, die die Wahrnehmung und die wissenschaftlichen Ergebnisse trüben können. Eine der grössten Störvariablen sind bei all dem hingegen die Forschenden selbst. Was an Universitäten als rational und emotionskontrolliert daherkommt, ist in Tat und Wahrheit oftmals eher ein Indiz für das genaue Gegenteil, nämlich für eine grandiose Selbsttäuschung.

Wir vermögen noch nicht zu sagen, ob zum Beispiel eines Tages unser Evaluationsfuror und unsere Qualitätssicherungs Bemühungen als unterkomplexe hilflose Abwehrversuche von Angst und Unsicherheit und Ausdruck eines Mangels an innerer Freiheit entlarvt werden. Sich diesen Prägungen durch unbewusste Vorurteile bewusst zu werden ist dringend notwendig. Es hilft, die Fehlurteile und das Fehlverhalten, die aus den unerkannten Prägungen resultieren und zu Spaltungen in allen Bereichen der Gesellschaft führen, zu überwinden. Je konsequenter der Störfaktor «Mensch» unterdrückt wird, desto mehr Störungen wird er bewirken.

Den Vorurteilen im Gehirn auf der Spur

Ein Fussballfan braucht mehr Zeit, um ein positives Wort mit einem gegnerischen Club zu verbinden als mit «seiner» Elf. Dass eine positive Assoziation mit der eigenen Gruppe, einer Ingroup, unbewusst rascher geschieht als mit einer Fremdgruppe, einer Outgroup, ist längst bekannt. Diese unterschiedlichen Reaktionszeiten werden im Impliziten Assoziationstest sichtbar, mit dem unbewusste Vorgänge und Vorurteile zutage gefördert werden können (siehe Haupttext).

Warum die Überwindung, an eine Outgroup ein freundliches Wort zu adressieren, mehr Zeit beansprucht, zeigte ein Team um die Berner Psychologieprofessorin Daria Knoch 2016 im Fachjournal «PNAS». Demnach ist nicht ein zusätzlicher mentaler Prozess dafür verantwortlich, wie oft postuliert wurde – vielmehr verweilt das Gehirn länger in bestimmten der insgesamt sieben Prozesse, die bis zum Tastenklick notwendig sind.

Weitere Informationen:

<http://unibe.ch/redirects/vorurteile>

Kontakt

Prof. Dr. Isabelle Noth
Institut für Praktische Theologie
isabelle.noth@theol.unibe.ch

Link zu impliziten Assoziationstests

<https://implicit.harvard.edu/implicit/selectatest.html>

Warum spaltet Identitätspolitik?

Sie sei nötig im Kampf gegen Diskriminierung und Rassismus, sagen die einen. Sie zementiere die Unterschiede, statt sie auszugleichen, so die anderen: Der Begriff Identitätspolitik ist immer häufiger zu hören – dabei aber nie wohlwollend gemeint.



© KEYSTONE/Anthony Anex

Identitätspolitik: politisches Handeln gegen die Diskriminierung von Minderheiten, hier am Pride-Demonstrationsmarsch 2021 in Biel.

Von Béatrice Koch

«Identitätspolitik» ist die neue «politische Korrektheit»: Der Begriff werde heute als eine diffuse Vorstellung von persönlicher Betroffenheit, Sprechverboten bis hin zur vermeintlichen Unterdrückung des weissen Mannes oder gar Zensur verstanden, schrieb die österreichische Journalistin Beate Hausbichler vergangenes Jahr in der österreichischen Tageszeitung «Der Standard». Identitätspolitik werde heute nicht mehr beschreibend verwendet, sondern diene dazu, andere pauschal zu desavouieren, meint auch Patricia Purtschert, Co-Leiterin des Interdisziplinären Zentrums für Geschlechterforschung an der Uni Bern. Zudem werde Identitätspolitik immer anderen zugeschrieben. «Niemand sagt von sich: Wir betreiben Identitätspolitik. Sondern der Begriff bezeichnet immer das, was die anderen machen – und sie machen es falsch.»

GEGEN DISKRIMINIERUNG

Mit Identitätspolitik wird ein politisches Handeln bezeichnet, bei dem Minderheiten ihr Merkmal – zum Beispiel Hautfarbe, Geschlecht, sexuelle Orientierung oder eine Behinderung – und die daraus entstehenden Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellen, damit sie nicht länger deswegen ausgegrenzt und benachteiligt werden. Ein solcher Kampf gegen Diskriminierung und für Gleichberechtigung ist in einer liberalen Gesellschaft an sich unbestritten und im Übrigen keineswegs neu. Auch die Bürgerrechtsbewegung der Schwarzen in den USA oder die Frauenbewegung des 20. Jahrhunderts war Identitätspolitik, auch wenn das damals niemand so nannte.

Die erste Verwendung des Begriffs «Identity Politics» wird dem Combahee River Collective zugeschrieben, einem in Boston gegründeten Kollektiv schwarzer, zum Teil lesbischer Frauen. In ihrem 1977 veröffentlichten Statement skizzierte die Gruppe das Leben von schwarzen Frauen, die täglich

Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt sind, deren Nöte aber in der Gesellschaft nicht gehört werden. Die Emanzipations- und Arbeiterbewegungen dieser Zeit hatten den weissen Arbeiter, die weisse Mittelschichtsfrau oder den schwarzen Mann im Fokus. Die «Black Feminists» des Combahee River Collective wehrten sich also nicht nur gegen die alltägliche Diskriminierung, sondern vor allem dagegen, dass die amerikanische Gesellschaft das Leben schwarzer Frauen als minderwertig einstufte und dass das Versprechen von «Gleichheit für alle» für schwarze Frauen nicht galt. Um sich dem zu widersetzen, erhob die Gruppe ihre Identität zum Ausgangspunkt ihres politischen Handelns.

Damit waren sie in jener paradoxen Situation, in der sich auch heute noch benachteiligte Menschengruppen häufig befinden, erklärt Patricia Purtschert: «Sie fordern gleiche Rechte für alle, müssen aber, um gehört zu werden, ihre Besonderheiten und Partikularinteressen herausstreichen.» Als Folge davon steht Identitätspolitik vielfach unter dem Verdacht, blosse Nabelschau zu betreiben.

IDENTITÄTS- IST VERTEILUNGSPOLITIK

Einen negativen Beigeschmack erhielt diese eigentlich auf Inklusion zielende «linke» Identitätspolitik spätestens mit dem Wahlsieg von Donald Trump. Damals warf der

US-amerikanische Historiker Marc Lilla den Demokraten vor, sie hätten mit ihrer Fokussierung auf Feminismus, Antirassismus und LGBTQ-Rechte ihre traditionellen Wählerinnen und Wähler vergrault. Die Linke solle sich statt um Unisex-Toiletten und Gendersternchen lieber wieder um grosse soziale Themen wie Altersarmut und Niedriglöhne kümmern, lautet der Vorwurf, der vor allem aus linken Kreisen selbst kommt.

Die Unterscheidung zwischen Verteilungs- und Identitätspolitik sei allerdings «höchst fragwürdig», gibt Christian Joppke, Direktor des Instituts für Soziologie der Universität Bern, zu bedenken. Denn ganz oft gehe es ja durchaus um eine materielle Ungleichbehandlung, wenn beispielsweise jemand aufgrund seiner Hautfarbe Schwierigkeiten habe, eine Wohnung zu bekommen, oder von der Polizei schlecht behandelt werde. Zudem, ergänzt Patricia Purtschert, könnten Probleme, die einem selbst banal erscheinen, die Betroffenen in ihrem Alltag stark einschränken. So beklagten sich etliche, der Gebrauch des Gendersternchens mache die Sprache unnötig kompliziert und lenke zudem vom Inhalt eines Textes ab. «Andererseits sind viele Frauen oder non-binäre Menschen froh, dass sie endlich in der Sprache abgebildet werden. Und für alle bedeutet ein geschlechtergerechterer Gebrauch, dass die Sprache weniger verzerrt und damit genauer wird.»



© KEYSTONE/EPA/Peter Foley

Identitätspolitik ist auch Verteilungspolitik, denn es geht oft um materielle Ungleichbehandlung, beispielsweise wenn eine Person aufgrund ihrer Hautfarbe Probleme bei der Wohnungssuche hat. Queer March for Black Lives in New York im Juni 2020.

IDENTITÄTSPOLITIK VON RECHTS

Das Unbehagen, das mit dem Begriff einhergeht, liegt wohl auch an seiner Unschärfe. Mittlerweile wird Identitätspolitik nämlich nicht mehr nur der demokratischen Linken zugeschrieben, sondern auch den nationalistischen Rechten. Während die Progressiven Diversität, Offenheit und Gendergleichheit hochhalten, feiern die Konservativen den Rückzug auf die ethnonationalistische Ebene: Die eigene Kultur soll sich möglichst nicht mit anderen vermischen. «In dieser Art von Identitätspolitik spielt die Idee von Gleichheit für alle keine Rolle mehr», so Purtschert. Jeder Form von Identitätspolitik, ob von links oder von rechts, sei aber gemeinsam, dass sie von Minderheiten ausgeht, die sich vermeintlich oder tatsächlich benachteiligt fühlen. Selbst die Politik à la Trump, die sich ganz unverhohlen für die Vorteile des weisen Mannes einsetzt, geht von einem Gefühl der Bedrohung aus, sich nicht mehr in der Poleposition zu befinden.

Dass Identitätspolitik so umkämpft ist und entsprechende Diskussionen so leicht eskalieren, liege auch daran, dass sie kaum Kompromisse zulasse, sagt Christian Joppke: «Es geht um fundamentale Fragen: Wer bin ich und was folgt daraus?» Es gehe nicht mehr nur um materielle Ressourcen, die irgendwie verteilt werden. «Im Zentrum stehen vielmehr die eigene Identität, moralische Positionen und Prinzipien, die naturgemäss nicht verhandelbar sind. Das führt zu Verhärtungen.» Diese unversöhnliche Kluft zeige sich übrigens auch bei einem ganz neuen Phänomen, nämlich in der Einteilung in Impfgegner und -befürworter. Auf Gesetzesebene seien hierzulande in den vergangenen 50 Jahren viele Ungleichbehandlungen abgebaut worden, meint der Soziologieprofessor – es gibt Antidiskriminierungsgesetze, Gleichberechtigung für Frauen und Homosexuelle. «Formal gesehen gibt es keine kategorialen Ungleichbehandlungen mehr. Umso sensibler werden wir, wenn Ungleichheit trotzdem noch stattfindet oder neu entsteht.»

ENTSPANNEN WIR UNS!

Hinzu kommt, dass sich immer neue Minderheiten zu Wort melden. Zwar kämpfen Gruppen wie Gastarbeiterinnen oder People of Colour nicht erst seit heute gegen Diskriminierung und Rassismus, aber sie sind lauter und der Ton ist aggressiver geworden. Weisse, vor allem Männer, müssen sich den Vorwurf des strukturellen Rassismus gefallen lassen, der schuld daran sei, dass die Gesellschaft immer noch ungerecht ist. Die zunehmende Radikalisierung kann auch in einem eigentlichen «Mitspracheverbot» gipfeln: So kam im vergangenen Jahr die Forderung auf, nur schwule Schauspieler sollten schwule Rollen übernehmen. All dies, beklagte sich der ehemalige deutsche Bundestagspräsident Wolfgang Thierse im vergangenen Jahr öffentlich, führe zu einem Gegen- statt einem Miteinander und schade der Demokratie.

Bei Identitätspolitik geht es auch um die Frage: Wie viel Rücksicht muss die Mehrheit auf Minderheiten nehmen? Solche Diskussionen sind anstrengend, und viele reagieren darauf mit Abwehr. Sie selbst wünsche sich einen sachlicheren, entspannteren Diskussionsstil, meint Purtschert. Es gehe nicht um ein «Anything goes», sondern um ein stetiges Aushandeln, wie viele Ressourcen wir für die Bedürfnisse



© Dres Hubacher



© Dres Hubacher

Während die Progressiven Diversität, Offenheit und Gendergleichheit hochhalten, feiern die Konservativen den Rückzug auf die ethnonationalistische Ebene.

benachteiligter Gruppen zur Verfügung stellen können und wollen. Das Ziel könne nicht sein, irgendwann zu dem Punkt zu kommen, an dem alle zufrieden sind und sich niemand mehr gestört fühlt. «Wir sollten vielmehr akzeptieren, dass es ein dauerhafter Prozess ist: keine lästige Störung, sondern eine Weiterentwicklung der Demokratie.» Identitätspolitik legt den Finger auf den schmerzhaften Umstand, dass wir in einer Gesellschaft leben, die Gleichheit zwar verspricht, diese Gleichheit aber dennoch für viele nicht einlöst. Diese Diskussion müssten wir führen, fordert Purtschert: «Oft kommt der Vorwurf, Identitätspolitik spalte die Gesellschaft. Aber man kann es auch umdrehen: Es spaltet die Gesellschaft, diese Diskussion nicht zu führen.»

Kontakte

Prof. Dr. Patricia Purtschert
Interdisziplinäres Zentrum für Geschlechterforschung (IZFG)
patricia.purtschert@izfg.unibe.ch

Prof. Dr. Christian Georg Joppke
Institut für Soziologie
christian.joppke@unibe.ch

Wissenschaft – Spalterin oder Kitt?

In Auseinandersetzungen etwa über die Corona-Politik berufen sich die einen auf wissenschaftliche Ergebnisse, denen andere skeptisch gegenüberstehen. Spaltet also die Wissenschaft die Gesellschaft? Oder kann sie zum Kitt werden, der die Menschen zusammenhält?

Von Claus Beisbart

Die Coronapandemie ist nicht nur eine Auseinandersetzung des Menschen mit dem Virus. Vielmehr gibt es in vielen Gesellschaften auch Auseinandersetzungen darüber, wie mit dem Virus umzugehen ist. Die einen, nennen wir sie die Vorsichtigen, fordern dabei politische Massnahmen, um die Menschen vor der Krankheit zu schützen. Die anderen, nennen wir sie die Massnahmegegner, halten Kontaktbeschränkungen oder eine Impfpflicht für verfehlt. Da sich die Fronten zwischen den beiden Gruppen verhärten, wird oft vor einer Spaltung der Gesellschaft gewarnt.

Im Konflikt zwischen den beiden Seiten spielt die Wissenschaft eine wichtige Rolle. Denn die Eigenschaften des neuen Virus waren zunächst unbekannt, wurden dann aber intensiv durch wissenschaftliche Forschung untersucht, insbesondere in Epidemiologie und Virologie. Die Vorsichtigen begründen deshalb ihre Forderungen, indem sie auf Erkenntnisse aus diesen Disziplinen verweisen. Die Massnahmegegnerinnen und -gegner neigen stattdessen oft dazu, wissenschaftliche Ergebnisse oder wenigstens deren Relevanz zu bezweifeln. Daher müssen sie sich den Vorwurf der Wissenschaftsfeindlichkeit anhören. Umgekehrt werfen sie den Vorsichtigen Szientismus vor – also eine Ideologie, nach der die Wissenschaft alle Probleme löst. Insgesamt sieht es so aus, als seien wenigstens einige Wissenschaften in die gesellschaftliche Spaltung verstrickt.

Tatsächlich hat die Spaltung aber zunächst wenig mit dem Kerngeschäft der Wissenschaft zu tun. Deren Aufgabe ist es, unser Wissen zu erweitern und uns die Welt besser verstehen zu lehren. Die wissenschaftliche Tätigkeit zielt damit sicher nicht auf eine Spaltung der Gesellschaft – aber auch nicht auf ihr Gegenteil: Es ist auch nicht die Aufgabe der Wissenschaft, eine gesellschaftliche Spaltung zu verhindern.

WISSEN GILT FÜR ALLE

Allerdings ist die Suche nach neuem Wissen mit der Hoffnung auf einen Konsens verbunden. Das wissenschaftliche

Wissen soll nicht spalten. Denn es erhebt den Anspruch, für alle Menschen zu gelten. Alle, die sich ernsthaft mit einem Thema auseinandersetzen, sollen nachvollziehen können, wie das einschlägige wissenschaftliche Wissen begründet ist, und ihm so auf der Basis der eigenen Vernunft zustimmen können. Dabei mag es durchaus unterschiedliche Perspektiven auf einen Erkenntnisgegenstand geben. Letztlich zielt die Wissenschaft aber darauf, die Perspektiven und ihre Grenzen auszuloten, die Sichtweisen aufeinander zu beziehen und so einen Konsens darüber zu erzielen, wie der Gegenstand in seiner Vielseitigkeit insgesamt beschaffen ist. Wenn es nur wenige Daten oder Belege gibt, mag der Konsens dabei manchmal hinter den Standards sicheren Wissens zurückbleiben. Aber auch dann kann eine Einigung darüber erzielt werden, was wahrscheinlich oder eine plausible Möglichkeit ist.

DURCH KONFLIKT ZUM KONSENS

Paradoxerweise ist der beste Weg, einen wissenschaftlichen Konsens zu erzielen, der Konflikt. Dazu wird eine neue Hypothese der kritischen Diskussion unterworfen. Oft kommt es zu Gegenhypothesen, manchmal sogar zu einer Spaltung innerhalb einer Fach-Community. In den Wissenschaften wird die kritische Auseinandersetzung dabei systematisch durch Normen gefordert und mit Anreizen gefördert. So müssen sich Beiträge für eine gute Zeitschrift den kritischen Rückfragen von Gutachtenden stellen.

Durch den planmässig herbeigeführten Konflikt zum Konsens – mit diesem Slogan lässt sich also etwas überspitzt der Gang der Forschung beschreiben. Dabei entsteht natürlich zunächst einmal höchstens ein Konsens innerhalb einer Fachgemeinschaft. Aber weil der Konsens aus einem bewusst herbeigeführten Konflikt hervorgegangen ist und etwa einen Kompromiss widerspiegelt, auf den sich die konkurrierenden Forschenden einigen konnten, ist es auch für Laien vernünftig, sich diesem Konsens anzuschliessen. Letztlich geht es hier darum, die Vorteile einer Arbeits-



© KEYSTONE/LAIF/Teichmann

teilung zu nutzen: Einige Teile der Gesellschaft haben sich auf die Wissensgewinnung spezialisiert. Sie erreichen ein Niveau, das andere nicht überbieten können und müssen. Der Fachdiskurs antizipiert alle wichtigen Einwände, die sich gegen eine Hypothese richten. Die Vorsichtigen sind daher gut beraten, wenn sie sich auf die Wissenschaft stützen.

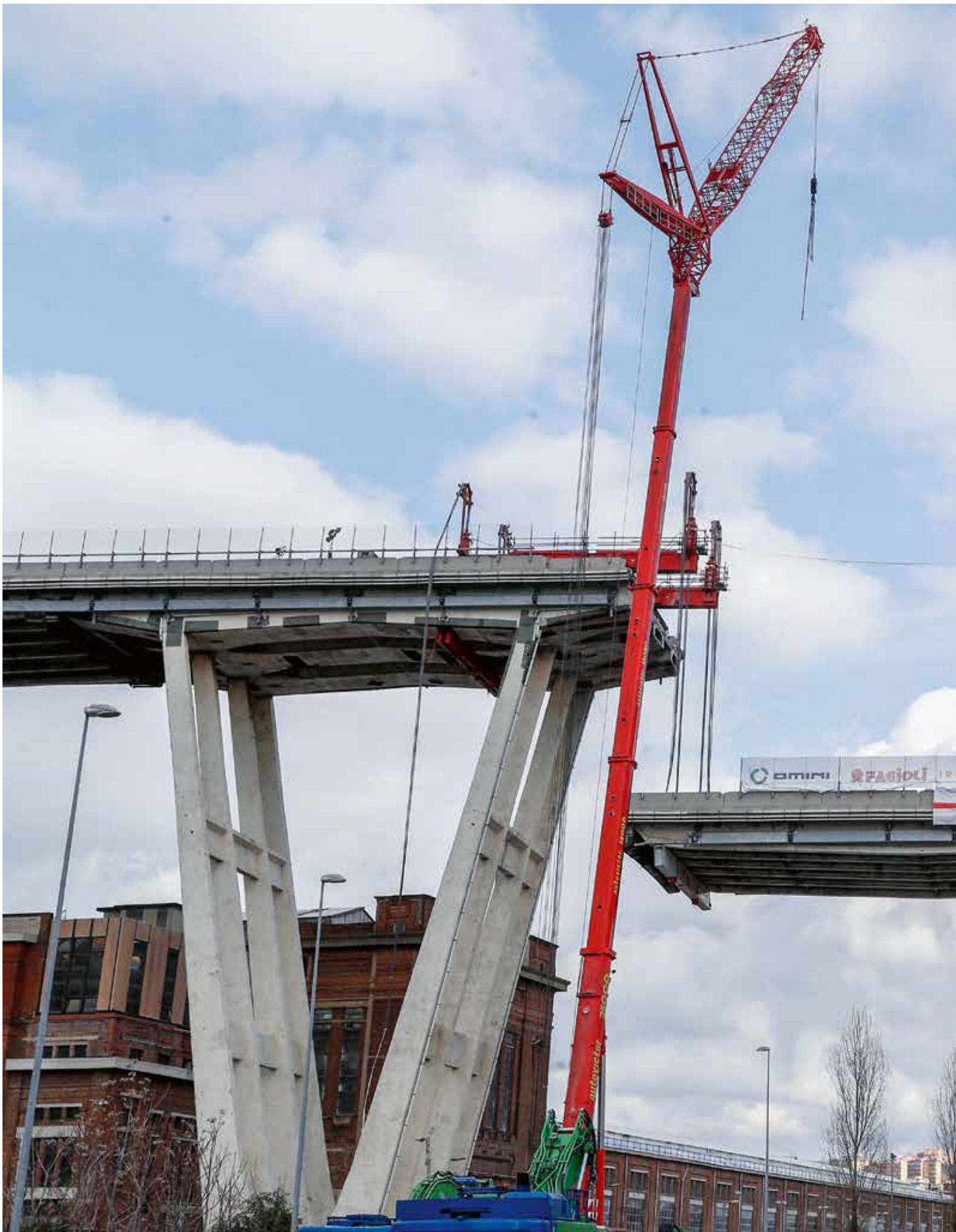
Allerdings markiert der Slogan «Durch den Konflikt zum Konsens» nur ein Ideal. Die Wirklichkeit mag manchmal dahinter zurückbleiben. Es ist möglich, dass ganze wissenschaftliche Fächer von modischen Strömungen oder mächtigen Firmen beeinflusst werden und so einen Konsens erzielen, der einer genaueren Prüfung nicht standhält. In einzelnen Fällen ist es sogar zum Betrug, etwa zur Fälschung von Daten gekommen. Insofern muss sich die Wissenschaft im Einzelfall kritische Fragen von aussen gefallen lassen.

Tatsächlich dürften die meisten Massnahmegegnerinnen und -gegner nichts gegen die allgemeine Idee haben, dass eine professionell betriebene Wissenschaft den Wissensbemühungen Einzelner überlegen ist. Vielmehr richten sich die Zweifel gegen bestimmte Fächer oder Gruppen von Forschenden. Aber auch solche Zweifel müssen begründet sein. Weil das Wissenschaftssystem Anreize zur kritischen Auseinandersetzung bietet, müssen schon besondere

Belege dafür angegeben werden, dass ein Konsens bloss voreilig erreicht wurde. Oft fehlen solche Belege. Aussichtsreicher und weiterführender ist manchmal die Kritik, dass die Wissenschaft wichtige Fragen im Zusammenhang eines Themas noch gar nicht in den Blick genommen hat.

OHNE POLITIK GEHT ES NICHT

Gehen wir aber einmal davon aus, eine Wissenschaft habe die für die Pandemie wichtige Wissensbildung professionalisiert, indem sie mögliche Konflikte vorwegnehmend ausgetragen habe. Warum lassen wir dann nicht gleich diese Wissenschaft über Massnahmen entscheiden? Das Problem ist, dass die Erfahrungswissenschaften wie die Virologie allenfalls Tatsachen herausfinden können, etwa über die Ansteckungswege des Virus. Wissen über diese Tatsachen ist wichtig für unseren Umgang mit der Pandemie. Aber es bestimmt nicht eindeutig, was wir tun. Das hängt auch davon ab, was wir für wertvoll oder moralisch geboten halten. So lassen sich Kontaktbeschränkungen nur begründen, wenn man zum wissenschaftlichen Wissen über das Virus die moralische Forderung hinzunimmt, dass vermeidbare Gefährdungen des Menschen verhindert werden müssen. Solche Forderungen ergeben sich nicht aus den empirischen Wissenschaften, die sich als wertfrei verstehen.





Es braucht vielmehr genuin moralische Überlegungen und die öffentliche Debatte. Anders als in vielen wissenschaftlichen Fragen stellt sich dabei manchmal trotz aller Bemühungen kein Konsens ein. Es kommt zu dem, was man heute in der Philosophie gerne «reasonable disagreement» nennt: Die Gesellschaft bleibt in einer bestimmten Frage gespalten, obwohl beide Seiten vernünftig sind. Was die Gesellschaft tut, kann dann nur politisch entschieden werden. Die Entscheidung ist wenigstens politisch legitimiert, wenn sie im Rahmen anerkannter Verfahren, also etwa durch einen Beschluss des Parlaments, erfolgt.

Damit bestätigt sich der problematische Charakter des Szientismus. Die Wissenschaften können nicht alle Probleme lösen. Daher eignen sie sich auch nicht als Kitt der Gesellschaft. Ihre Ergebnisse stellen nicht her, was für einen Zusammenhalt in einer Gesellschaft nötig ist: gemeinsame Grundwerte, die Anerkennung von anderen Menschen, auch wenn sie anderer Meinung sind und die Bereitschaft, Normen auch dann folgen, wenn sie nicht ganz den eigenen Werten entsprechen.

Aber die Wissenschaften können dafür sorgen, dass sich die öffentliche Debatte und die politischen Entscheidungen auf umfassenden Informationen abstützen können. Wenn das nötige Wissen fehlt, laufen wir Gefahr, bestimmte Probleme zu übersehen oder Massnahmen zu ergreifen, die uns den gesteckten Zielen nicht näherbringen. Eine Maskenpflicht hilft nur dann, wenn Masken effektiv eine Ansteckung verhindern. Ob sie das tun, ist eine Frage, die wir am besten den Wissenschaften überlassen. Es lohnt nicht, darüber in politischen Gremien abzustimmen. Somit helfen uns die Wissenschaften, gesellschaftliche Konflikte auf der Basis von Wissen auszutragen – und damit eben vernünftiger.

VON ANDEREN LERNEN

Wenn heute manchmal eine Spaltung der Gesellschaft befürchtet wird, dann fehlt nicht nur ein Konsens. Das Problem ist vielmehr, dass sich zwei Gruppen immer unversöhnlicher gegenüberstehen und gar nicht mehr auf die andere Seite hören. In dieser Situation kann ein Blick auf die Wissenschaften helfen – nicht weil sie den Zusammenhalt der Gesellschaft fördern, sondern weil sie manchmal ein Beispiel dafür abgeben, wie Konflikte überwunden werden können. Da ringen mehrere Gruppen um ein Problem, ohne einander zu verachten. Denn wer in der Forschung weiterkommen will, muss von den anderen lernen können und auch einmal die eigene Position infrage stellen. Der Philosoph Karl Popper hat das gerne an Albert Einstein verdeutlicht, der bereit war, seine Allgemeine Relativitätstheorie aufzugeben, wenn sie sich nicht bewähren würde. Natürlich sind wir keine Gesellschaft von Einsteins. Aber bereit sein, von der Natur oder den anderen zu lernen, das können wir auch.

Kontakt

Prof. Dr. Dr. Claus Beisbart

Institut für Philosophie,

Oeschger Centre for Climate Change Research (OCCR), Multi-

disciplinary Center for Infectious Diseases and Immunity (MCIDI)

claus.beisbart@philo.unibe.ch

Spaltungen nachhaltig überwinden

Mit Projektpartnerschaften in der ganzen Welt forscht die Universität Bern an nachhaltigen Lösungen für soziale, ökologische und wirtschaftliche Probleme. Bei der täglichen Arbeit wird klar: Spaltungen und Machtgefälle sind Gift für eine nachhaltige Entwicklung, Partizipation hingegen ist ein wichtiger Hebel.

Von Pieter Poldervaart

Im Dezember 1988 war es, als die Redaktion des «Time Magazine» bekanntgab, für einmal werde sie keinen «Menschen des Jahres» küren, sondern einen Planeten – die «gefährdete Erde». 1988 war es auch, als die Weltklimakonferenz von Toronto erstmals öffentlichkeitswirksam vor dem Risiko der menschengemachten Erderwärmung warnte. Das im selben Jahr gegründete Centre for Development and Environment (CDE) nahm diesen Geist auf und hatte die Weitsicht, sich nicht auf die Umweltproblematik allein zu konzentrieren: «Damals wurde Nachhaltigkeit als Pattsituation von Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt wahrgenommen. Das CDE suchte von Anfang an Synergien, die zu einer gerechteren Verteilung des Wohlstands zwischen Nord und Süd beitragen», so Sabin Bieri, Direktorin des CDE. Berücksichtigt werden neben dem Klima und der Biodiversität eben auch die Menschen. Bestätigt wurde das CDE, als 2015 am Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung 193 Länder die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals) der Agenda 2030 verabschiedeten.

FORSCHUNG ALS PARTNERSCHAFT

Seit seiner Gründung profiliert sich das Zentrum mit einer besonderen Herangehensweise, der transformativen Forschung: «Wir wollen nicht nur Wissen erarbeiten und es prominent in wissenschaftlichen Magazinen publizieren, sondern auch ganz praktisch zeigen, wie ein Wandel gelingen kann», erklärt Bieri. Dem CDE sei wichtig zu erfahren, wie die Zielgruppen mit dem Erarbeiteten umgehen und wie sie es umsetzen. Voraussetzung für ein solch transformatives Forschen ist, dass das bisherige Objekt der Forschung zum Subjekt auf Augenhöhe gemacht wird – Forschung als Partnerschaft eben. Damit vermeide man eine Trennung, wie sie im Unibetrieb noch allzu oft üblich sei.

Ein weiterer Fokus des CDE liegt darin, das Transformationswissen in Bildung umzumünzen. In Ländern wie Laos und Ruanda gingen in den letzten Jahren aus den CDE-Projekten

Fachleute hervor, wie sie dort noch kaum zu finden waren. «In Ruanda etwa arbeitet eine dieser Expertinnen mittlerweile im Landwirtschaftsministerium im Kader, in Laos leitet eine andere Expertin den Aufbau eines Studiengangs an der nationalen Universität – beide bewegen in ihrer Funktion viel in Richtung Nachhaltigkeit», erzählt Bieri. In der Schweiz wiederum entwickelten sich die Studierenden zu eigentlichen «Change Agents»: Sie lernen, inwiefern unsere aktuelle Lebensweise verheerende Folgen für unseren Planeten hat, und suchen verantwortungsvolle Lösungswege.

«POLITIK MUSS KOHÄRENTER WERDEN»

Viele unserer gesellschaftlichen Herausforderungen können nicht mit einer eindimensionalen Herangehensweise gelöst werden. Für «Wicked Problems», also Knacknüsse, die in vielen Bereichen Lösungen erfordern, reicht rein wissenschaftliches Wissen nicht aus, ist Sabin Bieri überzeugt. Vielmehr müsse man sich erst einmal mit den Betroffenen über die Probleme und Ziele einig werden. Als Nächstes gilt es, Wege zu entwickeln, die zur Lösung führen. Das scheint auf den ersten Blick banal. Aber fehlt diese Einigkeit, lässt sich dauerhaft nichts erreichen.

Auch die Schweiz müsse diesbezüglich dazulernen. «Einfache Rezepte wie etwa zusätzliche Subventionen in der Landwirtschaftspolitik greifen nicht, um in Richtung Agenda 2030 voranzukommen», sagt die CDE-Direktorin. Denn der Anbau unseres Brotgetreides oder die Produktion unseres Kalbsschnittsels ist eng an andere Bundespolitiken gekoppelt, so an die Klima-, Handels- oder Raumplanungspolitik. Not tue deshalb eine zielorientierte Politik: Nur wenn es gelinge, die verschiedenen Politiken kohärent in Richtung Nachhaltigkeit zu steuern, liessen sich die globalen Ziele erreichen. So sind Klima- und Biodiversitätskrisen längst global und auch die Schweizer Lebensmittelversorgung foutiert sich um Landesgrenzen: Etwa die Hälfte unserer Kalorien stammt aus dem Ausland. Sollen in grossem Stil die Lebensmittelver-

schwendung gesenkt, pflanzliche anstelle tierischer Kalorien gefördert und soll auf Importdünger verzichtet werden, braucht es eine Abstimmung der Politiken.

Vergleiche man die Auseinandersetzungen um die Massnahmen zur Pandemie mit jenen Herausforderungen, die im Bereich Nachhaltigkeit anstehen, relativiere sich die hierzulande viel beschworene Spaltung der Gesellschaft, so Bieri. Zudem verweist sie auf die harschen wirtschaftlichen und menschenrechtlichen Arbeitsbedingungen, mit denen viele ihrer Projektpartnerinnen im Süden und Osten zurechtkommen müssen. «Nach Projektbesuchen bin ich regelmässig demütig. Wir klagen in der Schweiz auf hohem Niveau.»

WYSS ACADEMY WILL LÖSUNGEN ERARBEITEN

Ob in der Schweiz oder global – um bei der nachhaltigen Entwicklung Fortschritte zu machen, ist es laut Sabin Bieri äusserst wichtig, dass die Gräben zwischen den verschiedenen Anspruchsgruppen nicht grösser, sondern vielmehr eingeebnet werden. Ein solcher Austausch kratzt auch an Machtmonopolen, die häufig Ursache dafür sind, dass etwa der Zugang zu Ressourcen ungleich verteilt ist. Solche Machtgefälle sind nicht nur unfair, sondern auch gesellschaftlich unklug. Denn sie erschweren es, die Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, wie die empirische Forschung bestätigt, erklärt Bieri: «Je ungleicher die Machtverhältnisse in einer Region sind, desto schlechter fallen auch die Nachhaltigkeitsindikatoren aus.»

Noch näher an der Praxis als das CDE will die Wyss Academy for Nature arbeiten. Die Forschungseinrichtung wurde 2020 gegründet, wobei Kompetenzen der Universität Bern wie Landnutzung, Artenvielfalt und Klimaveränderung die Basis bilden. «Wir wollen die Silos zwischen Forschung, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft überwinden», erklärt Peter Messerli, Direktor der Wyss Academy und früher Leiter des CDE. «Veränderung braucht eine breite Koalition. Diese erreichen wir, wenn wir das Verhältnis zwischen Mensch und Natur faktenbasiert diskutieren und zu einem gemeinsamen Verständnis kommen.» Auf dieser Grundlage könne dann eine gemeinsame Nachhaltigkeitsvision entworfen werden. Im Zentrum steht zudem das Experimentieren: Lösungen werden nicht nur konzipiert, sondern in der Praxis getestet. Aus Misserfolgen will man lernen und anschliessend die Erkenntnisse in anderen dafür geeigneten Regionen anwenden. 2022 nimmt die Wyss Academy for Nature ihren Vollbetrieb auf. Messerli: «Wir suchen konkrete Lösungen für globale Herausforderungen im Bereich Mensch-Umwelt – sei es eine CO₂-neutrale Zukunft des Tourismus im Berner Oberland, oder die Schonung des Regenwaldes in Madagaskar.»

Kontakte

Dr. Sabin Bieri

Centre for Development and Environment (CDE)
sabin.bieri@unibe.ch

Prof. Dr. Peter Messerli

Wyss Academy for Nature
peter.messerli@unibe.ch



© CETRA

Knappes Wasser, vielfältige Ansprüche

Die Region um den Mount Kenia in Ostafrika ist ein klassisches Beispiel für den Zusammenprall zahlreicher Ansprüche auf knappe Ressourcen. So produziert eine industrielle Landwirtschaft Schnittblumen für den Export, der Tourismus hängt von der Existenz von Grosswildtieren ab, Nomaden ziehen mit ihren Viehherden von Weide zu Weide und Kleinbauern betreiben Subsistenzlandwirtschaft. Schliesslich breiten sich die Städte aus – der Kampf um Land und Wasser ist allgegenwärtig. Der fortschreitende Klimawandel verschärft die angespannte Situation. Das CDE und seine regionale Partnerorganisation sammelten belastbare Daten zum Wasserverbrauch und sorgten mit einer integrativen Politikgestaltung dafür, dass alle Nutzer ihre Ansprüche vertreten können – insbesondere auch die Kleinbäuerinnen und Nomaden.



© KEYSTONE/Gaetan Bally

Nachhaltige Strategien für Lebensmittelimporte

Die Industrienationen importieren aus dem Süden im grossen Stil Soja und andere Landwirtschaftsprodukte. Dabei werden Monokulturen, Abholzungen und die Verletzung von Menschenrechten in Kauf genommen. Gleichzeitig nimmt die Konzentration auf immer weniger Konzerne zu – was es diesen ermöglicht, noch stärker auf die Politik der Länder als Standorte und die Lebensmittel bei uns Einfluss zu nehmen. Im Projekt «Just Food» untersucht das CDE zusammen mit Forschungspartnern in Finnland und Brasilien, wie man den Trend zu den Monokulturen brechen kann. Gleichzeitig zwingt der Klimawandel dazu, die Treibhausgasemissionen stark zu senken. Ein weiteres Ziel ist deshalb, integrale Ansätze zu entwickeln, um Lebensmittelströme klimaverträglicher und fairer zu gestalten.

Ländliche Gemeinschaft stärken

Regionalpolitik muss heute mehr sein als klassische Wirtschaftsförderung und Infrastrukturausbau, zeigt die Berner Wirtschaftsgeografin Heike Mayer: Es braucht soziale Innovationen und öffentliche Dienstleistungen.

Von Pieter Poldervaart

Wintersichere Strassen, schnelles Internet, Arbeitsplätze: So sieht seit Jahren die Wunschliste der Bergregionen aus. Doch für ein gutes Leben braucht es weit mehr – beispielsweise die Möglichkeit, zu gebären, ohne 50 Kilometer ins Unterland fahren zu müssen. Trotzdem schloss 2015 die Geburtshilfeabteilung des Spitals Zweisimmen im Berner Oberland ihre Tore. In der Folge fanden sich im gleichen Jahr Privatpersonen, Pensionierte, Hebammen und andere Interessierte zusammen, gründeten eine Genossenschaft und sorgten dafür, dass am 7. Januar 2017 Anna Theresa als erstes Baby im neuen Geburtshaus in Zweisimmen geboren wurde. Heute erblickt durchschnittlich jede Woche ein Kind in der «Maternité Alpine» das Licht der Welt, dazu kommen jährlich an die 1000 medizinische Konsultationen.

ZWEITWOHNSITZ WIRD GENERATIONENHAUS

«Die Maternité Alpine zeigt, wie wichtig es ist, der Bergbevölkerung eine regionale Infrastruktur anzubieten, die über das Thema Verkehr oder Digitalisierung hinausreicht», erklärt Heike Mayer, Professorin für Wirtschaftsgeografie an der Universität Bern. In ihrem Nationalfondsprojekt «Soziale Innovationen im Schweizer Berggebiet», das im Oktober 2022 abgeschlossen wird, identifizierte sie fast 70 solche soziale Innovationen allein im Berner Oberland. Ein weiteres Projekt ist etwa das «Generationenhaus Hasliberg», das neue Wohn- und Lebensformen für ältere Menschen entwickelte. «Neben Gemeinden und Pro Senectute engagierten sich auch Private für die Idee», erzählt Mayer. Geplant sind zwei gemeinnützige Wohnhäuser an zentraler Lage, die von jungen und älteren Menschen gemeinsam bewohnt werden sollen. Zudem werden ein Dorfladen, ein Café und öffentlich nutzbare Räume nicht nur den Bewohnern, sondern auch der Dorfbevölkerung dienen.

Während es in der Stadt häufig darum geht, unternutzte Gebäude oder Brachen innovativ zu bespielen und neue Geschäftsmöglichkeiten zu entwickeln, steht im ländlichen Raum der Dienstleistungsgedanke im Vordergrund. Es sei weniger wichtig, als Firma ein neues Business zu starten oder ein weiteres Produkt herzustellen, als Räume oder Liegenschaften wieder für die Gesellschaft zugänglich zu machen. Ohnehin sei die Landbevölkerung ja gewohnt, sich gemeinschaftlich zu organisieren: «Allmend und Genossenschaften sind Wirtschaftsformen, die in der bäuerlichen Gesellschaft wurzeln», so Mayer.

WERTSCHÖPFUNG VOR ORT SCHAFFEN

Auf der Jagd nach innovativen Produkten hingegen brauche nicht jede Landgemeinde mitzumachen. Denn wer Spitzentechnik fabriziere, habe selten den lokalen oder regionalen Markt im Visier, sondern denke schweizweit oder sogar global. Entsprechend dürftig sei häufig auch das Bekenntnis zum Unternehmensstandort. Statt sich bei lokalen Zulieferern zu bedienen, was die regionale Wertschöpfung erhöhen würde, kaufe man lieber auf dem Weltmarkt ein. Und statt mit Partnern an der Fachhochschule in der nächstmöglichen Stadt kooperiere man eher mit Forschungseinrichtungen im Silicon Valley. Sobald ein Standort im Ausland mit tieferen Steuern oder anderen Vorteilen locke, breche das Unternehmen seine Zelte ab – und in der Peripherie gehe die Suche nach einem Investor von vorne los.

Wenn deshalb eine Region nicht in erster Linie mit der Ansiedlung von Hightechfirmen liebäugelt, bedeutet das nicht, dass sie hinterwäldlerisch ist. «Soziale Innovationen sind nicht auf Umsatz ausgerichtet, aber dennoch benötigen sie ein vielfältiges Know-how», weiss Mayer. Dazu



Soziale Innovationen im Berggebiet

Das Forschungsprojekt des Schweizerischen Nationalfonds analysiert die Rolle sozialer Innovationen im Zusammenhang mit Wachstumsfragen im Berner Oberland. Geleitet wird es von Heike Mayer vom Geographischen Institut der Universität Bern. Beteiligt sind auch Irmi Seidl von der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL), Monika Bandi-Tanner vom Center for Regional Economic Development (CRED) der Universität Bern und die drei Doktorierenden Pascal Tschumi, Andrea Winiger und Samuel Wirth.

Weitere Informationen: sozinno.unibe.ch



Bilder: © erlengutbio

Soziale Innovationen wie hier die solidarische Landwirtschaft Erlengut sind inzwischen zahlreich und vielfältig.

komme, dass eine solche Regionalentwicklung weniger krisenanfällig sei als ein reiner Produktionsstandort: Der grösste Teil der Wertschöpfung wird im Umland erzeugt, die Einrichtung ist von der Bevölkerungsmehrheit erwünscht und häufig spinnt das Projekt auch Netze in die mittelgrossen Städte oder Zentren. Ein Beispiel für eine solche soziale Innovation ist die solidarische Landwirtschaft Erlengut im bernischen Steffisburg. Seit 2018 wird auf dem kleinen Bauernbetrieb Gemüse für die heute 175 Abonentinnen und Abonenten einer wöchentlichen Gemüsetasche angebaut. Wer ein Abo löst, bezahlt nicht nur den Jahresbeitrag im Voraus, sondern verpflichtet sich auch, zwei bis vier Halbtage pro Jahr bei Feldarbeiten und beim Abpacken mitzuhelfen. Solche neuen Arten der Lebensmittelerzeugung dienen nicht nur der lokalen und saisonalen Ernährung. «Indem die Konsumentinnen und Konsumenten so direkt in den jahreszeitlichen Kreislauf einbezogen werden, wachsen bei der Stadtbevölkerung Verständnis und ein Verantwortungsbewusstsein für die Probleme der Bäuerinnen und Bauern», meint Mayer.

So zahlreich und vielfältig die sozialen Innovationen im ländlichen Raum auch sind, es dürften ruhig noch mehr werden – auch mit staatlicher Unterstützung. Dieser Meinung ist inzwischen auch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die gemeinsam mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft Seco eine Studie zu Innovation in ländlichen Räumen erarbeitet. Heike Mayer ist Mitglied der Expertengruppe, welche die OECD begleitet: «Der neuste Länderbericht zur Schweiz fokussiert nicht nur auf die Wirtschaft im engeren Sinn. Erstmals nimmt er auch das Thema soziale Innovationen als wichtiges Ziel zur Stabilisierung des Wohlstands und des regionalen Ausgleichs auf.»

Kontakt

Prof. Dr. Heike Mayer

Geographisches Institut der Universität Bern (GIUB)
heike.mayer@giub.unibe.ch



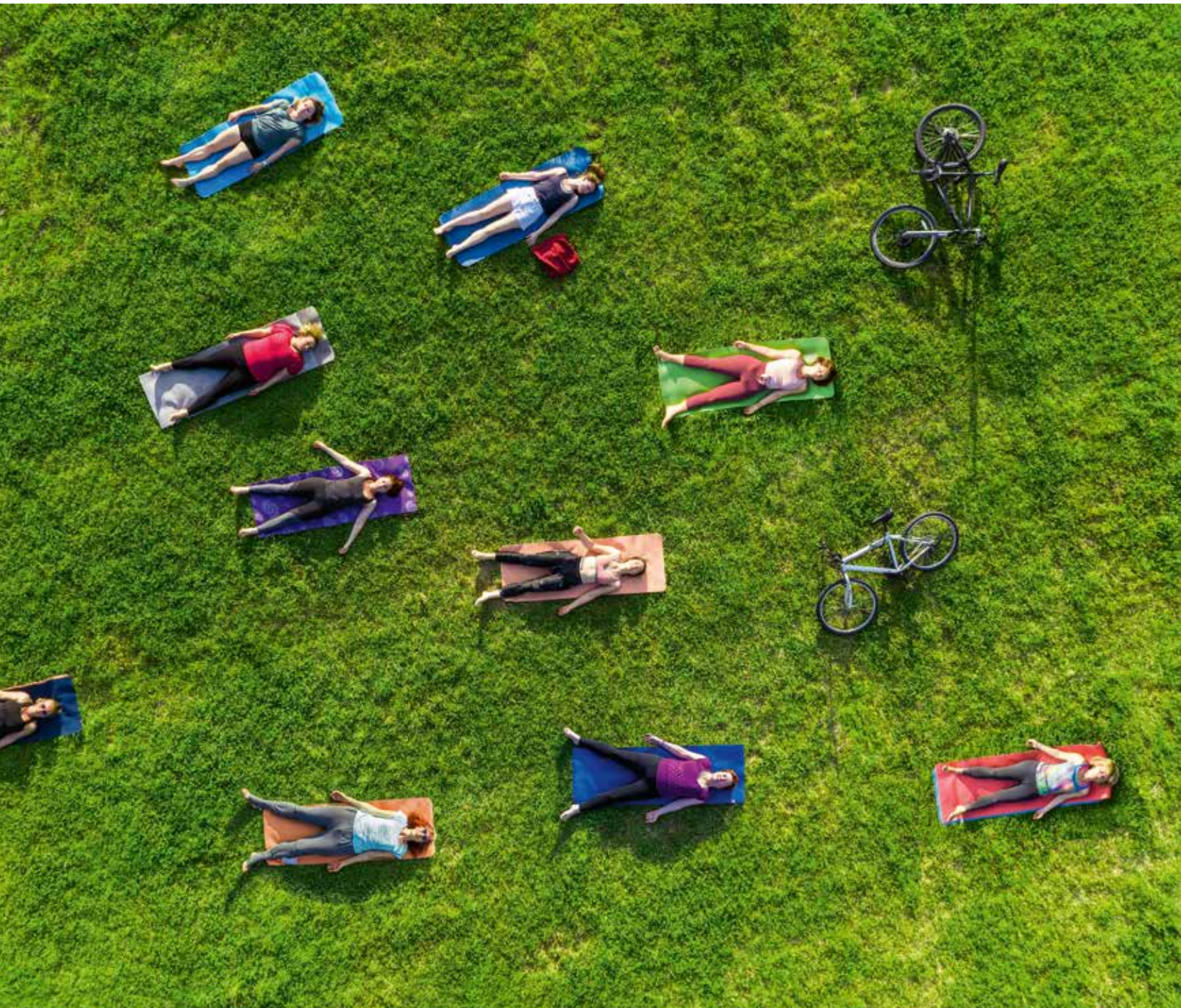
© KEYSTONE/Christian Merz



«Eine gewaltfreie, ideale Gesellschaft bietet den Individuen verschiedenste Möglichkeiten an, damit sie sich als Teil des Gemeinwohls fühlen und die Gewissheit haben, der Gemeinschaft etwas zurückgeben zu können», sagt Prof. em. Dr. Hansjörg Znoj (Seite 17). Die zunehmende Individualisierung sei deshalb bedenklich. «Zukünftig müssen wir uns vielmehr Gedanken dazu machen, wie wir unsere Gesellschaft stärken können.»



© KEYSTONE/Alessandro Della Bella



© KEYSTONE/DPA/Picture Alliance/Amazing Aerial Agency/Paul Prescott

Dem sexuellen Genuss auf der Spur

Sexualforschung fokussierte bisher auf Funktionsstörungen und Geschlechtskrankheiten. Das will die Psychologin Stefanie Gonin-Spahn ändern. Sie erforscht, was es für eine erfüllte Sexualität braucht. Denn diese ist eine wichtige Ressource für die Gesundheit.

Von Barbara Spycher

Und plötzlich sagt die Sexologin Stefanie Gonin-Spahn: «Mehr Orgasmen wären ein Schritt Richtung Weltfrieden!» Sie lacht laut, als sie es ausgesprochen hat, sich der überschwänglichen Plumpheit ihrer Aussage bewusst. Und sie differenziert auch sogleich, dass Freude und Lust beim Sex ja nicht allein über den Orgasmus definiert würden. Doch im Kern ist es ihr durchaus ernst: «Die Förderung sexueller Gesundheit hat ein enormes Potenzial.» Eine erfüllte Sexualität sei eine wichtige Ressource, die sich wesentlich auf das psychische und körperliche Wohlbefinden auswirke. «Sie verbessert nicht nur die Lebensqualität, sondern die Gesundheit allgemein.»

Sexuelle Gesundheit ist das Fachgebiet der Psychologin und Sexologin Stefanie Gonin-Spahn, die dazu an der Abteilung Gesundheitspsychologie und Verhaltensmedizin am Institut für Psychologie der Universität Bern forscht und lehrt. Die WHO definiert sexuelle Gesundheit als Zustand des Wohlbefindens in Bezug auf die Sexualität, und zwar in körperlicher, emotionaler, geistiger und sozialer Hinsicht. Das Besondere an dieser Definition ist, dass sie mehr Faktoren einbezieht als bloss die Abwesenheit von Krankheit oder Funktionsstörungen. «Es ist ein Perspektivenwechsel, bei dem sexueller Genuss im Fokus steht», sagt Gonin-Spahn. «Allerdings wird dem in der Sexualforschung noch kaum Rechnung getragen.» Diese konzentrierte sich bisher auf die sexuelle Funktion und nicht darauf, «ob und wie wir dieses Funktionieren auch geniessen können». Der Blickwinkel sei dabei binär geschlechtlich und heteronormativ geprägt. Autoerotik, Sexualität in der zweiten Lebenshälfte oder aus Queerperspektive seien nur ein paar von vielen vernachlässigten Themen. «Die Sexual-

therapieforschung ist beispielsweise im Vergleich mit der Psychotherapieforschung Jahrzehnte im Rückstand», sagt die promovierte Psychologin.

Hausärztinnen und Psychologen einbeziehen

Das zu ändern ist der Auftrag und die Leidenschaft der 36-Jährigen. Als Postdoktorandin hatte sie sich in den letzten Jahren auf sexuelle Gesundheit spezialisiert. Seit Januar 2022 ist sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Bern verantwortlich für Lehre, Weiterbildung, Dienstleistung und angewandte Forschung zu sexueller Gesundheit.

Im Februar ist der Weiterbildungsgang «CAS Sexuelle Gesundheit» gestartet, den sie als Studienleiterin verantwortet. Er richtet sich an Fachpersonen aus Psychologie, Medizin und Gesundheitsberufen, beispielsweise an Hausärztinnen oder Psychologen, welche die sexuelle Gesundheit in die Prävention und Gesundheitsförderung von Einzelpersonen, Paaren und Gruppen integrieren wollen. Mit diesem Fokus gab es bisher schweizweit kein Weiterbildungsangebot. Das, obwohl laut einer Befragung aus Lausanne 90 Prozent der Patientinnen und Patienten in der Hausarztpraxis gefragt werden möchten, wie es in der Sexualität laufe. Doch das passiere bisher selten oder unvollständig, etwa aus Scham, Unsicherheit oder wegen fehlender Kenntnisse der Handlungsmöglichkeiten, sagt Gonin-Spahn.

Mit dem CAS soll das Gesundheitspersonal qualifiziert werden, die sexuelle Gesundheit anzusprechen und Handlungsansätze – etwa spezialisierte Beratungen – aufzuzeigen. Das ist in Gonin-Spahn's Augen enorm wichtig, denn: «Psychische

oder körperliche Krankheiten – seien es Depressionen, Herzinfarkte oder Krebs – haben einen Einfluss auf unsere Sexualität. Und diese wiederum kann als Ressource in der Krankheitsbewältigung genutzt werden.»

Sexualität ist lern- und veränderbar

Die Sexualtherapeutin Stefanie Gonin-Spahn kennt die Gespräche mit Patientinnen und Patienten aus eigener Erfahrung. Nebst ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit ist es ihr wichtig, einen Fuss in der Praxis zu behalten, weshalb sie noch wenige Stunden pro Woche als Beraterin an einer kantonalen Fachstelle für sexuelle Gesundheit tätig ist. Dort stellt sie immer



© Universität Bern: Vera Knöpfel

«Die Sexualtherapieforschung ist Jahrzehnte im Rückstand.»

Stefanie Gonin-Spahn



© Stefanie Gruebl



© by PLEASURE

Ein besseres genitales Selbstbild kann sexuelle Zufriedenheit steigern und der Prävention sexuell übertragbarer Krankheiten dienen.

wieder fest, dass in der Gesellschaft der Glaube vorherrscht: Sex kann man oder man kann es nicht. Wenn Sexualität nicht wie gewünscht funktioniert, würden die Menschen denken: «Etwas ist falsch mit mir, entweder im Kopf oder (mit dem da unten).»

Vielen Menschen sei nicht bewusst, dass Sexualität lernbar sei und dass die sexuelle Zufriedenheit verbessert werden könne. Gleichzeitig sei Sex in den letzten Jahren enttabuisiert und der Anspruch gestärkt worden, dass alle ein Recht auf eine erfüllte Sexualität hätten. Das habe zu einem grösseren Spannungsfeld geführt, denn noch sei nicht klar: «Wie kommen wir zu dieser erfüllten Sexualität?» Zwar wisse man, dass dafür etwa das Selbstbild oder die Kommunikation wichtig sei, dass man die Erregung über Atmung, Muskelspannung und Bewegung beeinflussen könne, dass Achtsamkeit oder Körperübungen hilfreich seien, aber, so Gonin-Spahn: «Im Detail sind die verschiedenen Faktoren und deren Wirksamkeit nicht erforscht.»

Besseres Selbstbild, besserer Schutz

Jüngst konnte Stefanie Gonin-Spahn in einem Online-Experiment zum genitalen Selbstbild zeigen, dass sich dieses langfristig und signifikant verbessern lässt: Den Probandinnen und Probanden waren Fotografien von unterschiedlichsten natürlichen

Genitalien gezeigt worden – in ihrer ganzen Vielfalt, ohne operative Eingriffe oder Photoshop-Bearbeitung. Danach bewerteten die Teilnehmenden ihr eigenes Genital deutlich positiver. Dieses Resultat ist auch deshalb bedeutsam, weil ein besseres genitales Selbstbild nicht nur die sexuelle Zufriedenheit zu steigern vermag, sondern auch dazu führen kann, dass sich Menschen besser vor sexuell übertragbaren Krankheiten schützen und eher Vorsorgeuntersuchungen in Anspruch nehmen.

Neue Wege beschreitet die Universität Bern auch in einer laufenden Studie in Kooperation mit dem Universitätsklinikum Amsterdam: In dieser wird ein Messinstrument für sexuellen Genuss validiert. Obwohl das Vergnügen im Mittelpunkt des Verständnisses von sexueller Gesundheit steht, gibt es bis heute nämlich keinen umfassenden Fragebogen zu dessen Erfassung.

In mehreren Pilotstudien hat Gonin-Spahn zudem Daten zur sexuellen Gesundheit in der Schweiz gesammelt. Sie steht mit ihrer Forschung erst am Anfang. Der Schwerpunkt Sexuelle Gesundheit wurde an der Abteilung Gesundheitspsychologie und Verhaltensmedizin an der Universität Bern erst im Januar 2022 geschaffen. Mit diesem Schwerpunkt ist Bern schweizweit Vorreiterin. Sexologin Gonin-Spahn träumt davon, eines Tages eine gross angelegte

Schweizer Bevölkerungs-Sexstudie zu realisieren, wie sie etwa für Deutschland oder die USA bereits existiert.

Ausserdem möchte sie die Pilot-Online-Selbsthilfeprogramme für sexuelles Vergnügen verbessern und erweitern – methodisch inspiriert vom Berner Psychologieprofessor Thomas Berger, der für seine onlinebasierten Psychotherapien letztes Jahr mit dem renommierten Wissenschaftspreis Marcel Benoist ausgezeichnet worden ist. «Phantastisch wäre das», sagt Stefanie Gonin-Spahn und ihre Augen leuchten. Denn es ist ihr ein Herzensanliegen, Menschen jeglichen Alters, jeglichen Geschlechts und jeglicher sexuellen Identität mit ihrer Forschung und Wissensvermittlung dabei zu unterstützen, das Potenzial, das in sexueller Gesundheit steckt, zu nutzen: zur Steigerung von Gesundheit oder Wohlbefinden allgemein – und nicht zuletzt dem sexuellen Genuss.

Weitere Infos

www.gpv.psy.unibe.ch/forschung/sexuelle_gesundheit

Kontakt

Dr. Stefanie Gonin-Spahn
Institut für Psychologie
stefanie.gonin@unibe.ch

«Wir sind alle Teil der Medizin»

Das Digitale Medizinmuseum Bern, im Herbst 2021 eröffnet, verbindet aktuelle Entwicklungen in der Medizin mit ihrer Geschichte. Medizin, sagt Direktor Hubert Steinke, wird stetig neu «gemacht».



Interview: Nathalie Matter

Herr Steinke, was verstehen Sie unter dem Motto des Digitalen Museums, «Medizin machen»?

Hubert Steinke: Uns allen ist wohl noch zu wenig bewusst, dass wir nicht nur Empfängerinnen und Empfänger der Medizin sind, wenn wir krank werden und behandelt werden. Wir alle sind Teil der Medizin: nicht nur als Patientinnen und Patienten, sondern auch, wenn wir Krankenkassenbeiträge zahlen oder über medizinische Themen abstimmen – wie über die Änderung des Covid-19-Gesetzes im November 2021. Medizin wird ein immer wichtigerer Teil unserer Gesamtgesellschaft.

Wie zeigen Sie das im Museum?

Die Medizin, die wir «konsumieren», besteht aus unzähligen tätigen Personen. Das beschreiben wir in der Ausstellung: Medizin als Praxis. Dass auch in der Forschung nicht einfach Resultate da sind, sondern dass ein ganzer Prozess dahintersteht. Oder bezogen auf die Behandlung von Patientinnen und Patienten, etwa beim Liegen: das Liegen ist nicht nur etwas

Passives, sondern auch eine aktive Entscheidung, nämlich dass Patientinnen und Patienten liegen sollen. Früher liess man sie eher liegen, heute soll man rasch wieder aufstehen und sich bewegen. Das alles sind medizinische Praktiken. In der historischen Forschung beschreiben wir frühere Epochen nicht nur durch statische Zustände und Verhältnisse, sondern auch durch Prozesse und Entwicklungen. Dies entspricht auch der Medizin, wie sie heute ist.

Inwiefern kann man aus der medizinischen Praxis von früher etwas für heute lernen?

Wir lernen, indem wir Prozesse durchlaufen. Wenn wir Geschichte als etwas Abgeschlossenes betrachten, wird es schwierig, etwas für das heutige Verständnis zu gewinnen. Nehmen wir das Beispiel der Diskussion um Impfungen: Da sind wir mitten in einem Prozess. Zurückschauen hilft für das Verständnis, wir können gewisse Grundstrukturen verstehen. Nicht in einem banalen Sinn, indem wir einfach sagen: Es gab schon vor

200 Jahren Impfkritiker, die gibt es heute noch – also ist das dasselbe. Nein, ist es nicht! Aber es gibt gewisse prozessuale Merkmale, die gleich sind: Da versucht eine aufgeklärte «Wissenschaftselite» dem nicht ganz so verständigen Volk zu erklären, warum Impfen gut ist. Das läuft etwas einseitig ab. Kritikerinnen und Kritiker als rationale Wesen wahrzunehmen würde dem gegenseitigen Verständnis helfen. Um 1800 hatten Kritiker durchaus rationale Argumente. Da gibt es gewisse Parallelen zu heute.

Das Digitale Museum ist in zehn Module unterteilt, die mit Verben überschrieben sind. Eines davon ist «Entscheiden». Was steckt dahinter?

Der Hintergrund ist, dass in der Medizin dauernd Entscheide getroffen werden. Von einer einfachen, pflegerischen Ebene bis hin zu einer komplexen Ebene, etwa welche Therapie gewählt werden soll. Das Modul «Entscheiden» fokussiert auf ethische Entscheide. Die Hauptaussage lautet: Entscheide sind nicht immer eindeutig. Es



© Medizinsammlung Inselspital Bern

Dach der Chirurgischen Klinik 1933: Vor den Antibiotika waren das Sonnenbad und das Liegen an der frischen Luft noch zentraler Bestandteil der Tuberkulosetherapie.

Digitales Medizinmuseum geht neue Wege

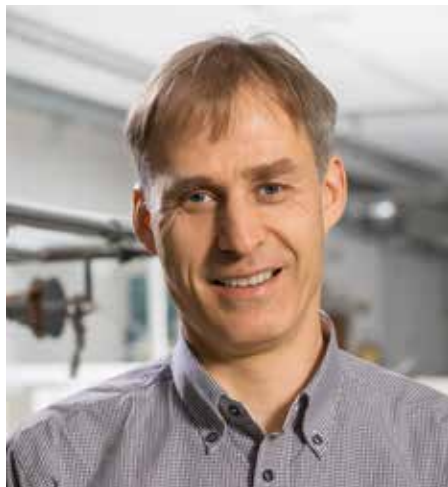
Das vom Inselspital und der Universität Bern Ende Oktober 2021 feierlich eröffnete Digitale Medizinmuseum Bern ist das erste seiner Art in der Schweiz. Die Sammlung ist in zehn Module gegliedert und setzt sich zum Ziel, ein Nachdenken über die Entstehung und Arbeitsweise der modernen Medizin auszulösen. Das Medizinmuseum umfasst rund 10 000 Exponate vor allem aus der Zeit seit 1900. Sie repräsentieren Tätigkeiten, Behandlungen, Erfindungen und Alltagslichkeiten des Spitalalltages.

Das Digitale Medizinmuseum Bern geht neue Wege. Es stellt keine Äusserlichkeiten zur Schau, sondern betont den Dialog mit den Betrachtenden. So erzählt das Digitale Medizinmuseum kurze Geschichten und zeigt Videos, um einen Einblick in die abwechslungsreiche Geschichte der Medizin am Inselspital zu geben und zugleich Fragen und Gedanken bei den Besuchenden anzuregen.

Link zum Museum: medizinsammlung.ch

«Wir wollen zum kritischen Nachdenken über Medizin anregen.»

Hubert Steinke



ist nicht immer klar, was richtig und falsch ist. Medizin ist nicht einfach eine Naturwissenschaft. Sie hat sehr viel mit Abwägen zu tun, etwa bei der Wahl eines Medikaments. Das Modul beinhaltet denn auch klassische ethische Konfliktfälle, in denen man Fragen beantworten kann, wie man selber in diesen Fällen entscheiden würde.

Am weitesten zurück blickt das Museum bei der Geschichte des Inselspitals. Was zeigt sich da?

Anhand der Entwicklung des Inselspitals kann man sehen, dass bis ins 19. Jahrhundert lokale Lösungen medizinischer Art vorherrschten, die ab 1850 immer internationaler und standardisierter wurden. Ein Berner Unikum ist die explizite medizinische Ausrichtung des Inselspitals, andere Schweizer Spitäler folgten dem erst später. Ab Ende des 19. Jahrhunderts kam dann mit Theodor Kocher die Medizinaltechnik auf, was auch schön in unserer Ausstellung sichtbar ist. Die Zusammenarbeit des Inselspitals mit der Medizinaltechnik ist ebenfalls charakteristisch für Bern.

Zuletzt ein Blick in die Zukunft: Was ist Ihre Vision für das Digitale Museum?

Wir wollen eine Plattform sein, die zum kritischen Nachdenken über Medizin anregt und auch auf Aktualitäten reagieren kann. Dass wir aktuelle Themen aufgreifen und dazu auch Inputs geben können und nicht nur rein statisch sind. Was uns auszeichnet: Wir schaffen es dank Digitalisierung und trotz limitierter Ressourcen, einen öffentlichen Raum zu bespielen, und haben mit dem Motto «Medizin machen» einen modernen historischen Zugang.

Kontakt

Prof. Dr. med. Dr. phil. Hubert Steinke
Institut für Medizingeschichte
hubert.steinke@img.unibe.ch



© Planted

Gute Gründe fürs Umsatteln von Fleisch auf Fleischersatz: Klimawandel abfedern, Artenvielfalt schützen – und der eigenen Gesundheit zuliebe.

Weg vom Fleisch als Massenprodukt

Was braucht es, damit wir deutlich weniger Fleisch essen? Und was, damit es nachhaltig produziert wird? Diesen Fragen gehen neuerdings auch Politikwissenschaftler nach.

Von Kaspar Meuli

Es muss nicht immer Schnitzel oder Steak sein – fleischloses Essen überzeugt immer mehr Menschen. Findet auf unseren Tellern gegenwärtig ein tiefgreifender gesellschaftlicher Wandel statt? Wer mit dem Berner Politikwissenschaftler Lukas Fesenfeld spricht, erkennt zumindest Anzeichen dafür. «Unsere Forschung zeigt in verschiedenen Regionen der Welt übereinstimmend, dass die Leute viel stärker bereit sind, ihren Fleischkonsum zu reduzieren, als man bisher angenommen hat», sagt er. Auch der politische Wandel weg von der Förderung der Fleischproduktion stosse auf breite Unterstützung.

Für Fesenfeld, der als Postdoc am Institut für Politikwissenschaften der Universität

Bern forscht und Mitglied des Oeschger-Zentrums für Klimaforschung ist, steht ausser Frage, weshalb wir weniger Fleisch essen müssen: Die Gründe reichen von den verheerenden Folgen fürs Klima über die nicht minder dramatischen Auswirkungen auf die Biodiversität bis zu jenen auf unsere Gesundheit. «Wenn wir die Pariser Klimaziele und die Ziele der UNO für nachhaltige Entwicklung erreichen wollen, muss der globale Fleischkonsum um mindestens die Hälfte sinken – vor allem in den Industrieländern. Und zwar rasch.»

Alternativprodukte boomen

Tatsächlich spricht einiges für einen sich abzeichnenden Wandel. So zeigen die

Resultate einer Umfrage in Deutschland, dass mehr als zwei Drittel der jungen Menschen die heutige Fleischindustrie ablehnen. Sie sehen die Fleischproduktion als eine Bedrohung fürs Klima und ernähren sich zwei Mal so oft vegetarisch oder vegan wie der Durchschnitt der Bevölkerung. Aufhorchen liess auch die Siegerin im Wettbewerb der 100 besten Schweizer Start-ups. 2021 wurde nicht wie in den Jahren zuvor eine Biotech-Firma oder ein Drohnenhersteller gekürt, sondern die Zürcher Firma Planted Foods. Sie stellt pflanzliches Fleisch aus Erbsen, Rapsöl und Wasser her. Ihr Geschäft boomt: Allein in der Schweiz verkauft Planted in 1500 Supermärkten. Nach Angaben des Bundesamts für Landwirtschaft stieg der Konsum von Fleischersatzprodukten 2020 um rund 75 Prozent.

Das sind Fakten, die eine Hypothese Fesenfelds zum Fleischkonsum stützen: «Wir gehen davon aus, dass Fleischnativen eine entscheidende Rolle bei der Transformation des Nahrungsmittelsystems spielen werden. Wir können zeigen, dass Konsumentinnen und Konsumenten viel stärker bereit sind, ihren Fleischkonsum einzuschränken, wenn sie solche Produkte bereits probiert haben.» Welche Faktoren für den Wandel entscheidend sind, untersucht der Forscher, der sich «an der Schnittstelle von Politikwissenschaft, Psychologie



Siegerin im Wettbewerb der 100 besten Start-ups war 2021 eine boomende Zürcher Firma, die pflanzliches Fleisch aus Erbsen, Rapsöl und Wasser herstellt.

und Ökonomie» sieht, in einem gross angelegten Projekt mit Namen «The Political Economy of Meat System Transformation». Das vom Swiss Network for International Studies unterstützte Vorhaben bringt rund ein Dutzend Forschende aus unterschiedlichen Ländern und Disziplinen zusammen und beleuchtet das Fleischsystem in China, der EU und den USA – den drei wichtigsten Produzenten und Konsumenten von Fleisch.

Neue Allianzen

Das Ziel des Forschungsvorhabens: «Wir wollen zeigen, welche ökonomischen, politischen und technischen Rahmenbedingungen es braucht, um das Fleischsystem zu transformieren.» Denn ohne eine systemische, politische Lösung, so Lukas Fesenfeld, sei der Wandel nicht zu schaffen. Das Projekt unter der Leitung des Berner Forschers beleuchtet unter anderem Aspekte wie positive sozio-technische Kippunkte, die zu einem schnellen Wandel in

der Gesellschaft führen können. Bei den Elektrofahrzeugen etwa sei momentan eine solche Beschleunigung zu beobachten. Mit den richtigen Anreizen, erklärt Lukas Fesenfeld, könnte dies auch bei der Ernährung möglich werden.

Analysiert werden im Projekt auch soziale Netzwerke. Untersucht werden Fragen wie: Welche Interessenvertreter stehen sich beim Thema Fleisch gegenüber? Oder: Wie wandelbar sind politische Koalitionen? Ein interessantes Fallbeispiel ist in dieser Hinsicht Deutschland. Dort konnte sich im vergangenen Jahr die «Zukunftskommission Landwirtschaft», in der unter anderem Bauernverbände und Umweltschutzorganisationen vertreten waren, auf einen Abschlussbericht mit «erstaunlich fortschrittlichen Aussagen» («Der Spiegel») einigen. Gemeinsam fordern die langjährigen Gegenspieler weniger Fleischkonsum, mehr pflanzliche Nahrung, Klimaschutz und eine ökologischere Landwirtschaft. Wie diese Annäherung zustande kam, wollen Fesenfeld und seine Kolleginnen nun herausfinden.

Neue Erzählungen

Eine weitere Forschungsfrage ist, welche sozialen Normen und politischen Narrative den Fleischkonsum beeinflussen. Erzählungen, die unser Weltbild beeinflussen, haben häufiges Essen von Fleisch über Jahrzehnte zum Zeichen des Wohlstands erklärt. Nun aber, so vermutet Lukas Fesenfeld, könnte sich ein neues Narrativ etablieren: die Geschichte vom grünen Wachstum. Will heissen: Esse grüne Fleisch-

alternativen und fördere damit grünes Wachstum in der Lebensmittelindustrie. Aufgrund neuer Technologien – etwa zur Produktion von Fleischersatzprodukten – wird sich das politische Narrativ verändern, so Fesenfelds Hypothese.

Ob und wie solche Veränderungen tatsächlich stattfinden, will das Forschungsteam mithilfe sogenannter natürlicher Sprachverarbeitungstechniken und sozialer Netzwerkanalyse verifizieren. Diese neuen Methoden setzen auf computergestützte Linguistik und künstliche Intelligenz. Damit sollen Zeitungsartikel, Reden, politische Dokumente und Social Media Posts daraufhin untersucht werden, wie sich der Diskurs und die Narrative verschiedener Akteure zu Fleischersatzprodukten und Fleischreduktion verändern.

Riesiger Hebel fürs Klima

Der Politikwissenschaftler Lukas Fesenfeld betreibt seine Forschung nicht nur aus akademischem Interesse. «Den wenigsten Menschen ist bewusst», sagt er, «dass das gesamte Ernährungssystem rund 30 Prozent der klimaschädlichen Emissionen erzeugt. Mir ist diese Tragweite auch erst in den letzten Jahren bewusst geworden.» Die Resultate seines Projekts sollen nun möglichst zum Wandel beitragen. Das Vorhaben schliesst deshalb neben Forschungsinstitutionen auch Partner mit ein wie die Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), die OECD und Nichtregierungsorganisationen wie die Food and Land Use Coalition, NAHhaft, die Heinrich Böll Stiftung und den WWF.

Eine solch breite Abstützung kann nicht schaden, um unsere Gesellschaft auf den Pfad des nachhaltigen Fleischkonsums zu bringen, denn das Thema ist brisant. Das musste die Universität Luzern erfahren, die im Sommer 2021 bekanntgab, in ihrer Mensa fortan nur noch vegane und vegetarische Menüs anzubieten. Das rief kantonale Politiker und die nationale Fleischlobby auf den Plan. Die Rede war von «Bevormundung» und einer «Verpolitisierung des Essens». Schliesslich machte die Uni ihre Entscheidung weg vom Fleisch wieder rückgängig.

Kontakt

Dr. Lukas Fesenfeld

Institut für Politikwissenschaft (IPW)
und Oeschger Centre for Climate Change
Research (OCCR)
lukas.fesenfeld@unibe.ch

«Die Leute sind viel stärker bereit, ihren Fleischkonsum zu reduzieren, als man bisher angenommen hat.»

Lukas Fesenfeld

«Jeder Teil der Universität Bern trägt auch Verantwortung für andere»

Die Strategie 2030 beinhaltet mit «Digitalisierung» und «Infrastruktur» zwei neue Teilstrategien, denen in den kommenden Jahren vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt werden soll. Die grundlegenden Werte und das Selbstverständnis der Universität werden im Vergleich zur vorherigen Strategie höher gewichtet.

Interview: Christian Degen

Rektor Christian Leumann, wie hat sich die Uni Bern in den vergangenen acht Jahren entwickelt?

Christian Leumann: Die Universität hat sich in einem extrem dynamischen Umfeld schnell und gut entwickelt. Wir haben viele neue Projekte gestartet – zum Beispiel Medizin 100+, das eine Erhöhung der Studierendenzahlen in der Medizin zum Ziel hatte. Wir bauten auch das Pharmaziestudium wieder zu einem Vollstudium aus, und die School of Precision and Medical Engineering wird ab dem Herbstsemester 2022 starten. Mit sehr viel Drive wurden und werden immer noch neue Stossrichtungen erarbeitet und neue Ziele gesetzt; natürlich auch immer vor dem Hintergrund, damit die Leitlinien 2030 der Kantonsregierung mitzutragen. Zusammenfassend darf man sagen: Die letzten Jahre waren eine steile Wachstumsphase.

Auch in Bezug auf die Studierenden- und Mitarbeitendenzahlen?

Die Studierendenzahlen sind in dieser Zeit ebenfalls deutlich gestiegen. 2014 hatten wir noch nicht ganz 15 000 Studierende. Nun sind wir bei ungefähr 19 200 Studierenden. Das ist ein massives Wachstum, das auch nicht ganz einfach zu verarbeiten war. Die Anforderungen an die Infrastruktur und insbesondere an den Platzbedarf, aber auch an die Finanzierung stellen eine grosse Herausforderung für die Universität und den Kanton dar.

Rechnet die Universität damit, dass diese Dynamik so weitergeht?

Wir sind eine Volluniversität mit acht Fakultäten und können unsere Strategie nicht einfach im Acht-Jahres-Rhythmus völlig umbauen. Wir müssen uns in einem gewissen Sinn evolutionär entwickeln – also Gutes aus der letzten Strategie weiterführen und uns gleichzeitig den neuen Herausforderungen stellen. Die Universität ist wie ein grosser Dampfer, der unterwegs ist. Den kann man nicht einfach mit einem U-Turn auf einen neuen Kurs bringen. Aber wenn man den Kurs nur schon um zwei Grad ändert, hat das nach acht Jahren doch einen deutlichen Richtungswechsel zur Folge. Mit diesem Bild vor Augen haben wir die neue Strategie entwickelt.

Also ist die Strategie 2030 grundsätzlich eine Fortführung der Strategie 2021, angepasst an die neuen Herausforderungen?

Genau, es gibt viele Elemente, die gleich geblieben sind, weil sie nicht an Bedeutung

«Wir müssen uns in einem gewissen Sinn evolutionär entwickeln.»

Christian Leumann

verloren haben: Wir wollen nach wie vor exzellente Lehre bieten. Die Nachwuchsförderung bleibt ebenfalls ein zentrales Ziel. Auch die thematischen Schwerpunkte haben wir im Wesentlichen beibehalten. Aber es kamen auch einige neue Elemente dazu, etwa die Digitalisierung. Das Thema ist in den letzten acht Jahren in den Fokus gerückt. In der Strategie geht es nun darum, wie wir uns als Universität Bern in dieser Frage positionieren wollen.

Darauf möchte ich gerne später nochmals zurückkommen. Wenn man die Einleitung der Strategie liest, heisst es, sie sei ein Führungsinstrument für die Universität. Was heisst das konkret? Wie sollen die Mitarbeitenden mit dieser Strategie umgehen?

Die universitäre Strategie gibt eine Richtung vor, benennt Schwerpunkte und Ziele – sie soll als Dach für die gesamte Universität gelten. Die Strategie ist ja nicht völlig neu, sie ist bei unseren Forschenden, Lehrenden und Mitarbeitenden im Wesentlichen bekannt und von ihnen getragen. Trotzdem wollten wir die Fakultäten stärker in die Entwicklung der universitären Strategie einbinden. Die Fakultäten und die verschiedenen administrativen Bereiche haben eine gewisse Freiheit in der Entscheidung, welche Massnahmen für sie wichtig sind. Darum haben wir nun für die Umsetzung ein neues Element eingeführt: Die



Rektor Christian Leumann: «Die Strategie gibt eine Richtung vor, benennt Schwerpunkte und Ziele – sie soll als Dach für die Universität gelten.»

Fakultäten entwickeln unter dem Dach der universitären Strategie eigene fakultäre Strategien und nutzen den Freiraum, um ihre Stärken optimal zu entwickeln. Das heisst, unter der Dachstrategie, die für die ganze Universität gilt, gibt es Strategien der Fakultäten, die bis zu den einzelnen Mitarbeitenden führen. Letztere sollen in ihrer jeweiligen Arbeitswelt zur Umsetzung der gesamtuniversitären Strategie beitragen.

Es gibt dabei natürlich gewisse Elemente, die schneller zu allen durchdringen. Nehmen wir das Thema «Nachhaltigkeit» – das ist als thematischer Schwerpunkt in Lehre und Forschung präsent, wird aber auch im Betrieb bereits gut gelebt und entwickelt. Wir hoffen, dass wir als Unileitung die Fakultäten und Institute abholen und auch ein wenig stimulieren können, sich mit der Strategie als Ganzes auseinanderzusetzen und diese konkret zu unterstützen.

An der Strategie 2030 fällt auf, dass die Werte und das Selbstverständnis der Uni mehr Platz einnehmen als in der Strategie 2021.

Die Universität Bern befindet sich in einem weltweiten Wettbewerb. Darum ist es wichtig, dass wir uns einen Spiegel vorhalten und uns fragen, wer wir eigentlich sind und was wir wollen. Vor diesem Hintergrund war es uns wichtig, unsere Werte, Vision und Mission zu reflektieren. Auch hier haben wir nichts Wesentliches geändert. «Wissen schafft Wert» war schon in der Strategie 2021 das zentrale Leitmotiv der Universität Bern. Jetzt hat man diesem Bereich noch mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Was man auch nicht vergessen darf: Wir befanden uns die letzten zwei Jahre in einer Pandemiesituation, in der plötzlich Fragen aufgekommen sind wie: Was ist eigentlich Wissenschaft? Und wir leben in einer Zeit, in der zunehmend Fake Facts verbreitet werden, und in der sich Gesellschaft und Politik mit solchen Fragen auseinandersetzen müssen. Umso wichtiger war es uns, zu reflektieren, was der Wert der Universität Bern und der Wert der Forschung ist.

Was sind die grössten Herausforderungen, die in den nächsten Jahren auf die Universität zukommen werden?

Eine Frage wird sicher sein, wie die Lehre der Zukunft aussehen wird. In der Pandemie haben wir insbesondere über die Nutzung von digitalen Medien im Unterricht viel gelernt. Wir müssen uns nun überlegen, wie wir diese Erfahrungen in die Lehre der Zukunft einbinden.

Weitere Herausforderungen ergeben sich im gesamten Forschungsbereich. Wir wurden vom Forschungsprogramm Horizon

Europe ausgeschlossen. Wir müssen uns daher überlegen, wie wir auch in Zukunft noch eine interessante Arbeitgeberin sind, nicht nur für Leute aus der Schweiz, sondern auch für die wichtigen und besten Forschenden aus dem Ausland.

Was ebenfalls eine bleibende Herausforderung ist, sind unsere Forschungsinfrastrukturen. Diese werden immer komplexer und teurer. Damit müssen wir umgehen können. Einerseits müssen wir uns fragen, welche Forschungsinfrastrukturplattformen wir bereits haben und ob es dort Verbesserungen braucht. Andererseits müssen wir uns überlegen, mit wem wir uns zusammen tun möchten, wenn unsere eigenen Infrastrukturen nicht ausreichen.

Die Uni gibt sich neu sechs statt wie bisher vier Teilstrategien. Hinzugekommen sind «Digitale Transformation» und «Weiterentwicklung der Infrastruktur».

Die Digitalisierung ist ein zentrales Thema, da kommt niemand drum herum. Wir wollen den Menschen ins Zentrum der Digitalisierung stellen und haben den Anspruch, uns nicht einfach im Strom der digitalen Transformation der Gesellschaft treiben zu lassen, sondern das Thema mitzugestalten – sei es im Betrieb, in der Lehre oder in der Forschung.

Was die Infrastruktur angeht, kann man sich schon fragen, wieso man daraus nun eine Teilstrategie gemacht hat.



© Fabian Hugo

Rektor Christian Leumann: «Es ist wichtig, dass wir uns einen Spiegel vorhalten und uns fragen, wer wir eigentlich sind und was wir wollen.»

Während der Erarbeitung der Strategie wurde auch immer wieder diskutiert, ob das jetzt eine Teilstrategie oder eine funktionale Strategie sein soll. Wir haben an der Universität aber einen derart grossen Nachholbedarf, dass es gerechtfertigt ist, die Lösung dieses Problems zur Teilstrategie zu erklären. Sollten wir die nötige Infrastruktur nicht erhalten, werden wir unseren Leistungsauftrag nicht vollständig erfüllen können. Es bestimmen letztendlich auch die – insbesondere hochinstallierten – Räumlichkeiten, wie stark sich die Universität gemäss ihrer Strategie entwickeln und welche Leistungen sie erbringen kann.

«Die Entwicklung der Infrastruktur bestimmt mit, wie stark sich die Uni entwickeln kann.»

Christian Leumann

Wenn wir alle Teilstrategien anschauen: Volluniversität, Fünf Themenschwerpunkte, Ausgezeichnete Lehre, Förderung von wissenschaftlichem Nachwuchs, Digitalisierung, Infrastruktur – gibt es da eine Priorisierung?

Es sind alles wichtige Punkte, die wir mit gleicher Priorität bearbeiten müssen, denn sie sind alle voneinander abhängig. Wir können zum Beispiel nicht überlegen, wie die Lehre in der Zeit nach der Pandemie aussehen wird, ohne an die Digitalisierung zu denken.

Zur Umsetzung der sechs Teilstrategien hat sich die Universität sieben funktionale Strategien gegeben. Was genau ist die Bedeutung dieser funktionalen Strategien?

Die funktionalen Strategien betreffen Querschnittsthemen und unterstützen, was in den Teilstrategien vorangetrieben werden soll. Sie haben einen operativeren Charakter, bedürfen aber einer besonderen Auseinandersetzung mit ihnen. Beim Beispiel Kommunikation stellen sich für uns folgende Fragen: Welche Kommunikationsstrategie verfolgen wir, wie wollen wir sie anwenden, was sind unsere Ziele, was wollen wir bei wem erreichen?

Oder nehmen wir das «lebenslange Lernen». Dahinter steht die Frage: Wohin führt die digitale Transformation der Gesellschaft? Wir gehen davon aus, dass wir unsere Studierenden künftig mindestens

zwei Mal sehen werden: Das erste Mal während der Grundausbildung und das zweite Mal, wenn sie in ihrem Berufsfeld zusätzliche Kenntnisse erwerben müssen, weil die digitale Transformation die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft verändern wird.

All diese Werte, Schwerpunkte und Teilstrategien hat man nun in der Strategie 2030 zusammengefasst. Wie entsteht ein solches Werk in einer heterogenen Institution, in der es von der Theologie bis zur Nanowissenschaft die unterschiedlichsten Menschen und Denkansätze gibt?

Uns war sehr wichtig, dass die Entwicklung der Strategie 2030 nicht einfach ein Top-down-Prozess der Universitätsleitung war. Man darf nicht vergessen, dass eine Universität eine Expertinnen- und Expertenorganisation ist und wir als Volluniversität sehr breit aufgestellt sind. Das heisst, wir haben ganz viele verschiedenen Kulturen, in der Lehre, aber auch in der Forschung, je nach Gebiet und Fakultät. Wir haben deshalb ein sogenanntes Sounding Board zusammengestellt. Diese Gruppe bestand aus jüngeren und arrivierteren Forschenden und Studierenden, die aus verschiedenen Kulturen und Forschungsbereichen stammen. Auch Personen aus dem Zentralbereich waren an der Strategieentwicklung beteiligt. Mit dieser Gruppe haben wir, zusammen mit einem externen Partner, die Grundlagen ausgearbeitet, die das Fundament der universitären Strategie bildeten.

Der ganze Prozess verlief interaktiv: Eine Gruppe lieferte Inputs, diese wurden präzisiert und wieder zurückgespielt und dies so lange, bis die Grundideen feststanden. Die Strategie wurde danach den Fakultäten und Ständen zur Vernehmlassung zugestellt und letztendlich auch vom Senat zur Kenntnis genommen. Für die Akzeptanz der Strategie war dieses breit abgestützte Verfahren, in dem wir alle nötigen Informationen und Anregungen abholen konnten, sehr wichtig.

Gab es auch Widerstände oder Diskussionen?

Es gab schon Punkte, über die wir intensiver diskutiert haben. Eine Frage war zum Beispiel, ob wir mit den Themenschwerpunkten noch auf dem richtigen Weg seien und wie offen wir das formulieren sollen. Das waren gute Diskussionen, die uns geholfen haben, die Anliegen der Fakultäten besser zu verstehen.

Sind Sie zufrieden mit dem Resultat?

Ja, ich bin mit dem Resultat sehr zufrieden. Wir haben nicht einfach nur von der letzten Strategie abgeschrieben, sondern wichtige Punkte aufgenommen und weiterentwickelt. Mich hat in diesem

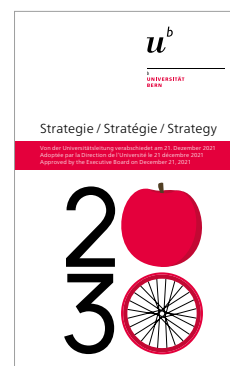
Prozess besonders gefreut, dass sich praktisch alle der involvierten Mitarbeitenden, Forschenden und Studierenden mit der Strategie befasst haben und die Entwicklung dieser Strategie als sinnvoll erachten.

Der Prozess hat auch gezeigt, dass die Universität zusammengewachsen ist. Sie ist nicht einfach ein Haufen von zusammengewürfelten Instituten, in dem jedes macht, was es will. Die Universität ist heute vielmehr ein sehr lebendiges und vielfältiges Gebilde. Es sind klare Funktionen erkennbar und allen ist bewusst, dass jeder Teil Verantwortung für einen anderen Teil trägt. Wir entwickeln uns miteinander. Dass wir in einem so grossen und heterogenen Betrieb wie der Universität gemeinsam eine Strategie mit klarer Botschaft formuliert haben, ist eine Leistung, auf die wir stolz sein dürfen.

Ich möchte an dieser Stelle auch meinen Dank aussprechen an alle, die mitbeteiligt waren und sich eingebracht haben. Ich war schon bei der Entwicklung der Strategie 2021 beteiligt, seinerzeit als Vizerektor Forschung. Dass ich diesen Prozess nochmals miterleben und mitgestalten durfte, empfand ich als sehr bereichernd.

Kontakt

Prof. Dr. Christian Leumann, Rektor
christian.leumann@unibe.ch



Strategie 2030

Die Strategie 2030 setzt auf Basis gemeinsamer Grundlagen wichtige Schwerpunkte für die Entwicklung der Universität als Ganzes. Die Broschüre in drei Sprachen kann heruntergeladen werden unter:

www.unibe.ch/strategie2030

Der Mann mit den Instrumenten im All

Nicolas Thomas will den Mars, Kometen und die Eismonde des Jupiters verstehen. Dazu baut er Instrumente, die an Bord von Raumsonden durchs Weltall fliegen.

Von Brigit Bucher

Auf die Frage, wie er auf die Idee kam, Astrophysiker zu werden, kommt die Antwort blitzschnell: «Ganz klar: Wegen der ersten Mondlandung. Als Armstrong auf dem Mond spazierte, war ich acht Jahre alt und ein absoluter Technikfreak. Ich wusste einfach alles über das US-Raumfahrtprogramm.» Umso grösser die Enttäuschung, dass seine Mutter ihn ins Bett schickte und Nicolas Thomas die erste Mondlandung nicht live im TV mitverfolgen durfte.

Aufgewachsen ist Nicolas Thomas in Shrewsbury; er kehrt regelmässig nach England zurück und besucht seine beiden über 80-jährigen Tanten. 1986 promovierte er an der University of York und arbeitete anschliessend am Max-Planck-Institut mit Aufenthalten am European Space Research and Technology Centre der ESA in Noordwijk und der Universität Arizona in den USA. 2003 kam er an die Universität Bern, seit 2015 ist er Direktor des Physikalischen Instituts.

Das magische Dreieck von Bern

«Da war dieser Kollege, der mich 2003 unbedingt nach Frankreich holen wollte. Er sagte: Warum willst du in ein Dorf wie Bern gehen? Und ich entgegnete: Die Universität Bern ist weltweit einer der besten Orte, um Weltraumforschung zu betreiben.» Nicht nur was den Bau von Weltrauminstrumenten für grosse Weltraumorganisationen wie die ESA, NASA oder JAXA betrifft, sei die Berner Weltraumforschung an der Weltspitze mit dabei, sondern auch bei Experimenten im Labor sowie bei der Erstellung von Modellen und Simulationen zur Entstehung und Entwicklung von Himmelskörpern. «Das ist wie ein magisches Dreieck, das es so in der Weltraumforschung nur an wenigen Orten auf der Welt gibt», sagt Nicolas Thomas. Hinzu kommen die über 50-jährige Tradition und die Netzwerke, die seit der Beteiligung der Universität Bern an der ersten Mondlandung mit dem Sonnenwindsegel-Experiment kontinuierlich ausgebaut werden konnten.

Wir sprechen über Wissenschaft heute. «Viele Menschen erwarten sofortige Antworten von der Wissenschaft und verstehen nicht, dass Erkenntnis manchmal richtig viel Zeit braucht.» So sei auch die Planetenforschung eher ein Marathon als ein Sprint. Es ist eher selten, dass es von einem Tag auf den anderen einen Durchbruch gibt, und diese sind meist mit Weltraummissionen verbunden. Gefragt nach seinen persönlichen grossen Erfolgen in seiner Karriere sagt Nicolas Thomas denn auch: «Die Erfolge, auf die ich wahrscheinlich am meisten stolz bin, sind die, bei denen wir einen langen Weg zur Lösung eines bestimmten Problems zurückgelegt haben.» Ein solches Projekt stand im Zusammenhang mit Daten,

die von der Raumsonde Rosetta vom Kometen Chury zurückkamen. «Es ging um die Frage, warum es so viel Staub über der Nachtseite des Kometenkerns gibt. Unsere Ergebnisse sind jetzt nicht so, als dass der Bundespräsident vorbeikommen würde, um uns zu gratulieren. Aber ich bin sehr zufrieden, dass wir diese Frage, die seit 35 Jahren im Raum steht, aufgrund unserer Datenanalyse und Modellierungsarbeiten beantworten konnten.» (Spoiler-Alarm: Die Nachtseite ist aktiv.)

Auch auf die Kamera CaSSIS, die unter seiner Leitung gebaut wurde und die an Bord der Raumsonde ExoMars Trace Gas Orbiter seit 2016 hochaufgelöste, farbige Bilder der Marsoberfläche liefert, ist er stolz. «Diesen Frühling erscheint ein grosser Bildband mit den 200 schönsten CaSSIS-Aufnahmen. Das sind wirklich fantastische Bilder», sagt er, «aber wirkliche Top-Level-Wissenschaft findet mit anderen Instrumenten statt.» So zum Beispiel mit dem Laser-Altimeter BELA an Bord der Raumsonde BepiColombo, das auf dem Weg zum Merkur ist und dort ab 2026 Messungen der Oberfläche des heisstesten Planeten unseres Sonnensystems vornehmen wird: «Der Bau von BELA war zweifelsohne die grösste Herausforderung in meiner Karriere. Vor uns hat noch nie jemand ein solches Instrument gebaut. Und es musste so konzipiert sein, dass es auch bei den höllischen Temperaturen beim Merkur funktioniert.»

Faszination Raketenstart

Ich frage ihn, wie er sich denn jeweils fühle, wenn seine Instrumente an Bord einer Rakete ins All geschossen werden. Er lacht: «Ich war schon oft an Raketenstarts, sie sind ein Riesenspass! Wenn so eine Rakete startet, ist das schon sehr beeindruckend. Nervös werde ich aber jeweils erst etwa 30 Tage nach dem Start, wenn das Instrument zum ersten Mal eingeschaltet wird. Ich denke dann jeweils: Was sage ich dem Team, den Leuten, die das Instrument finanziert haben, der Presse, wenn das Ding nicht funktioniert? Das jagt mir jeweils schon etwas Angst ein.» Seine grösste Enttäuschung sei denn auch gewesen, als Beagle 2, der Lander an Bord des Raumschiffs Mars Express mit einem Mikroskop, das Nicolas Thomas gebaut hatte, nicht funktionierte: «Am 25. Dezember 2003 fuhren mein Student und ich über Weihnachten nach Milton Keynes, um mit der Analyse der Daten zu beginnen. Und es stellte sich heraus, dass der Lander versagt hatte, weil er sich wohl nicht richtig ausgeklappt hatte.» Was er ebenfalls frustrierend findet, ist, dass es oft keinen klar definierten Finanzierungsplan gebe für die wissenschaftliche Auswertung der Daten eines Weltrauminstrumentes: «Man gewinnt einen Wettbewerb zum Bau eines Instruments für eine Weltraummission. Und dann gibt es keinen klar



«Planetenforschung ist eher ein Marathon als ein Sprint.»

Nicolas Thomas

definierten Finanzierungsapparat für die Nutzung der Daten. Dafür müsste eine Lösung gefunden werden.»

Thomas hat sich in seiner Forschung auf drei Themenfelder spezialisiert: die Eismonde des Jupiters, auf Kometen und den Mars. Er präzisiert: «Alles, was ich mache, hat mit Eis zu tun. Ich interessiere mich für das Eis unter der Marsoberfläche, für Kometen, die zu grossen Teilen aus Wassereis bestehen, und auch bei den Jupitermonden geht es um das Wassereis auf dem Mond Europa und das Schwefeldioxyd auf dem Mond Io.» Und so wurde Thomas kürzlich ausgewählt, in einem Team für die NASA und die kanadische Raumfahrtbehörde für eine Mission namens «Mars Ice Mapper» mitzuarbeiten, bei der es um die Kartierung von Eis auf dem Mars geht. Die Frage nach Leben auf dem Mars beschäftigt Nicolas Thomas nicht sehr, vielmehr ist er an der Entwicklung des roten Planeten interessiert und an den Prozessen, die einen Einfluss darauf hatten. Mars ist im Moment besonders angesagt. Thomas erklärt: «Diverse Raumfahrtorganisationen bereiten sich auf ein bemanntes Marsprogramm vor. Sie gehen zuerst zum Mond und dann zum Mars.» Was glaubt er, wann wird der erste Mensch den Mars betreten? «Bislang hiess es immer in 30 Jahren. Wenn diese Zahl kleiner wird als 30, erst dann fange ich an, daran zu glauben.»

Engagiert und umtriebig

2026 wird Nicolas Thomas pensioniert. Bis dann hat er noch vieles vor. Ab Sommer 2022 übernimmt er von Willy Benz die Leitung des Nationalen Forschungsschwerpunkts NCCR PlanetS, den die Universität Bern gemeinsam mit der Universität Genf leitet. Zudem baut man in Bern unter seiner Leitung das Kamerasystem «CoCa» für die «Comet Interceptor Mission». Das Ziel ist, eine Raumsonde im Weltall zu «parkieren», die dann auf Abruf einen Kometen oder ein interstellares Objekt ansteuern und erforschen soll. Auch tüftelt er an einem komplett neuartigen Instrument. «Die Idee dazu entstand in einer Diskussion mit dem Laserphysiker Thomas Feuerer am Ende eines langen Tages», erzählt er lachend, «als wir die Idee auch am Tag danach noch gut fanden, haben wir uns an die Arbeit

gemacht.» Wichtig ist ihm nach wie vor die Nachwuchsförderung. «Mir ist wichtig, den jungen Leuten das Selbstvertrauen zu vermitteln, das es braucht, um sich eine eigene Forschungsrichtung und eigene Fragestellungen zu suchen.» Und er wolle sie befähigen, ihre Vorgehensweise und Annahmen, die sie getroffen haben, immer wieder kritisch zu hinterfragen.

Und was meint seine Familie zur Arbeit des umtriebigen Astrophysikers? Nicolas Thomas denkt eine Weile nach und sagt dann: «Ich vermute, sie haben sich irgendwie daran gewöhnt. Wir reden selten über meine Arbeit, alle paar Monate zeige ich ihnen ein Bild von CaSSIS, und natürlich wollen sie immer alles wissen, wenn ich an einen Raketenstart gehe.» Werden seine Kinder auch den Weg in die Wissenschaft einschlagen? Seine 14-jährige Tochter interessiert sich momentan sehr für Veterinärmedizin. Der 16-jährige Sohn sei sehr begabt in Sachen Video und habe eine Art Hawk-Eye-Software für Cricket programmiert. «Wenn ich an einem Welttrauminstrument baue, kann es in der Endphase schon vorkommen, dass ich über längere Zeit zwölf oder mehr Stunden am Tag arbeite, dafür haben sie aber Verständnis.»

Eine Sache, die seine Tochter verärgert habe, sei, dass er während drei Jahren an einem Buch über den aktuellen Stand der Kometenforschung geschrieben habe und zeitweise sehr absorbiert gewesen sei. «Das hat sie dann aber doch nicht davon abgehalten, die Zeichnung fürs Cover zu machen», sagt er und hält lächelnd das Buch in die Kamera.

Kontakt

Prof. Dr. Nicolas Thomas
Physikalisches Institut,
Weltraumforschung und Planetologie
nicolas.thomas@unibe.ch

Marianne Johanna Lehmkuhl, Prof. Dr., ist Professorin für Strafrecht, Wirtschafts- und internationales Strafrecht am Institut für Strafrecht und Kriminologie sowie Vizedekanin der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern. Ihr Forschungsinteresse gilt den Opfern von Kriminalität und deren Bedürfnissen sowie der opferorientierten Ausgestaltung des strafrechtlichen Sanktionensystems.

Jan Wenk, MLaw, ist wissenschaftlicher Assistent und Doktorand am Lehrstuhl für Strafrecht, Wirtschafts- und internationales Strafrecht bei Prof. Dr. Marianne Johanna Lehmkuhl und befasst sich mit Opferinteressen im Kontext von Cybermobbing.

Die hier geäußerte Meinung muss nicht der Auffassung der Redaktion oder der Universitätsleitung entsprechen.



Täter-Opfer-Ausgleich muss ins Strafrecht

Von Marianne Johanna Lehmkuhl
und Jan Wenk

Dem Strafrecht kommt grosse Bedeutung zu: Es soll als Ultima Ratio das friedliche menschliche Zusammenleben gewährleisten. Strafen androhen, Täter strafrechtlich verfolgen und sanktionieren, all das hat vor allem ein Ziel: dass künftig weniger Straftaten begangen und weniger Menschen zu Opfern werden. Straftaten sind also nicht nur eine Verletzung staatlichen Rechts,

«In geeigneten Fällen ist Strafmediation der Geldstrafe überlegen.»

sondern fügen in der Regel konkreten Menschen Unrecht und Leid zu. Diese – eigentlich so selbstverständliche – Erkenntnis blieb lange hinter juristischen Kategorien wie eben der Verletzung von Recht bzw. von Rechtsgütern, die mittels staatlichen Strafanspruchs geschützt werden müssen, verborgen.

Aus heutiger Sicht mutet es erstaunlich an, dass es einer «Wiederentdeckung des Opfers» bedurfte, gefördert durch Bürgerrechts- und Frauenrechtsbewegungen sowie viktimologische Forschungsergebnisse, um den durch eine Straftat verletzten Menschen überhaupt Opferrechte im Strafverfahren zuzugestehen und Opfer nicht mehr als blosses Beweismittel, sondern als Verfahrensobjekt zu behandeln.

Mittlerweile stehen Opfern von Kriminalität weitreichende Rechte und Unterstützung zu. Gerade die Schweiz befindet

sich diesbezüglich im internationalen Vergleich unter den fortschrittlichsten Staaten. Obwohl Opferinteressen und deren Berücksichtigung im Strafverfahren also im Blickpunkt stehen, legt der Schweizer Gesetzgeber eine bislang nur schwer überwindbare Skepsis gegenüber jenen Bestrebungen an den Tag, die international seit Langem als «Restorative Justice» lanciert werden.

«Restorative Justice» (RJ) steht für eine Form der Tatfolgenbewältigung bzw. Konfliktlösung durch ein auf Kommunikation und Partizipation beruhendes Verfahren, in welches Täter und Opfer sowie unter Umständen auch die Gemeinschaft eingebunden sind. Im Zentrum stehen dabei die Wiederherstellung der (beschädigten) sozialen Beziehungen sowie die Wiedergutmachung des entstandenen Unrechts. Es handelt sich bei RJ um eine ureigene, menschliche Konfliktbewältigungsstrategie, deren Ursprünge sich bei indigenen Völkern (etwa in Neuseeland oder Nordamerika) finden lassen.

Wer einmal einen professionell durchgeführten Täter-Opfer-Ausgleich miterlebt hat, weiss, dass die dort erfolgende Konfrontation und Auseinandersetzung mit dem Opfer für den Täter oder die Täterin kein einfaches «Freikaufen» darstellt. Es ist schwer zu bestreiten, dass eine solche Strafmediation in geeigneten Fällen der traditionellen Geldstrafe klar überlegen ist.

Aus guten Gründen hat die internationale Staatengemeinschaft im Rahmen der UN (2002) als auch des Europarats (2018) ein starkes Plädoyer zur essenziellen Bedeutung von RJ zur Bewältigung von Kriminalitätsfolgen und Prävention gehalten. Die Empfehlung des Europarats ermutigt die Mitgliedstaaten, RJ im Rahmen ihrer Straf-

rechtssysteme zu entwickeln und anzuwenden.

Auch mit Blick auf die positiven Erfahrungen in Österreich und Deutschland ist es nur schwer nachvollziehbar, weshalb in der Schweiz immer noch keine entsprechende Regelung im Erwachsenenstrafrecht existiert.

Immerhin bestehen einige Bestimmungen, die Ansätze von RJ enthalten. Art. 53 StGB ist die prominenteste Möglichkeit, in einem (eng) festgelegten Anwendungsbereich ein Verfahren zu beenden, wenn die beschuldigte Person eine Wiedergutmachungsleistung zum Ausgleich des bewirkten Unrechts erbringt. Sie muss dafür zusätzlich den zur Last gelegten Sachverhalt eingestanden haben und es dürfen weder öffentliche Interessen noch Interessen der geschädigten Person einer Verfahrenseinstellung entgegenstehen. Ein kommunikativer Prozess zwischen Täter und Opfer findet aber – bedauerlicherweise – nicht zwingend statt. Eine weitere Möglichkeit sieht das Jugendstrafrecht mit der Mediation vor. Auch im Erwachsenenstrafrecht war Mediation im Gesetzgebungsprozess zur eidgenössischen Strafprozessordnung vorgesehen, wurde jedoch durch das Parlament in den Beratungen letztlich gestrichen. Aktuell gibt es jedoch (wieder) Bestrebungen zur Schaffung einer Gesetzesgrundlage zur Verankerung der RJ in der Strafprozessordnung. Es besteht also Hoffnung!

Kontakte

**Prof. Dr. Marianne Johanna Lehmkuhl
und Jan Wenk**

marianne.lehmkuhl@unibe.ch
jan.wenk@unibe.ch



Toxische Separatwelten

Dieses Buch bietet eine interdisziplinäre Auseinandersetzung mit Grundproblemen in kirchlichen Kontexten hinsichtlich spezifischer Ermöglichungsbedingungen für sexualisierte Gewalt. Es werden Themen betrachtet, die bislang ungenügend mit sexualisierter Gewalt verbunden wurden – wie Rede- und Denkweisen. Letztlich soll diese Publikation auch einer wirksamen Prävention dienen.

Sexualisierte Gewalt in kirchlichen Kontexten

Mathias Wirth, Isabelle Noth, Silvia Schroer – 2021, 557 S., De Gruyter, ISBN 978-3-11-069904-3



Die Mutter aller Journalisten

Politische Journalistinnen und Journalisten sind überall vom lokalen Rathaus bis in Kriegsgebiete, aber man weiss wenig über die «Mutter aller Journalisten». Dieses Handbuch will das Wissen über den politischen Journalismus aus verschiedenen Blickwinkeln erweitern und ihn international vergleichend analysieren, zumal er unter Druck steht und sich wandelt.

Handbuch Politischer Journalismus

Roger Blum, Marlis Prinzing – 2021, 912 S., Herbert von Halem Verlag, ISBN 978-3-86962-240-8



Kennedy bei den Nazis

Unter dem Titel «Das geheime Tagebuch» erscheinen Aufzeichnungen des jungen John F. Kennedy zum ersten Mal zusammen mit denen seines Freundes Lem Billings, mit dem er 1937 Europa bereiste. Sie zeigen auf, wie zwei Studenten aus Amerika den Faschismus erlebten. Oliver Lubrich hat die Handschriften transkribiert und in deutscher Übersetzung herausgebracht. Das Buch enthält zudem neue Archivfotos und Dokumente sowie ein Nachwort von Oliver Lubrich.

John F. Kennedy: Das geheime Tagebuch

Oliver Lubrich – 2021, 224 S., DVB-Verlag, ISBN 978-3-903244-18-4



Zähe Kämpfe

«Alle Schweizer sind vor dem Gesetz gleich», hiess es in der 1848 geschaffenen Verfassung des neuen Bundesstaates. Doch die Kämpfe waren lang und zäh bis zur Einführung des Frauenstimmrechts 1971. In diesem Buch wird zum ersten Mal der gesamte Zeitraum dieser Entwicklungsgeschichte dargestellt und es wird deutlich, weshalb der Prozess in der Schweiz so lange gedauert hat.

Frauenstimmrecht – Historische und rechtliche Entwicklungen 1848–1971

Brigitte Studer, Judith Wyttenbach – 2021, 408 S., Hier und Jetzt, ISBN 978-3-03919-540-4



Nachhaltig kollektiv

Dieses Buch thematisiert Institutionen des Ressourcenmanagements von Wald- und Weidegebieten in Kollektiveigentum (Commons) aus interdisziplinärer Sicht. Anhand von fünf Fallstudien zu Schweizer Bürgergemeinden und Korporationen wird der Wandel seit Mitte des 18. Jahrhunderts dargestellt und es werden Schlussfolgerungen für Commons aus der ganzen Welt gezogen.

Balancing the Commons in Switzerland – Institutional Transformations and Sustainable Innovations

Tobias Haller, Karina Liechti, Martin Stuber, François-Xavier Viallon, Rahel Wunderli – 2021, 322 S., Routledge, ISBN 978-0-367-48873-4



Einschluss und Ausschluss

Die Einwanderungs- und Staatsbürgerschaftspolitik westlicher Staaten wurde häufig aus dem Blickwinkel des fortschreitenden Liberalismus betrachtet. In diesem Buch wird aufgezeigt, dass zwei zusätzliche Kräfte berücksichtigt werden müssen, um diese Politik zu verstehen: ein neuer Nationalismus, aber auch die neoliberale Umstrukturierung von Gesellschaft und Staat.

Neoliberal Nationalism: Immigration and the Rise of the Populist Right.

Christian Joppke – 2021, 220 S., Cambridge University Press, ISBN 978-1-108-69696-8

Herausgeberin

Universität Bern,
Abteilung Kommunikation & Marketing AKM

Leitung AKM

Christian Degen

Redaktionsleitung

Timm Eugster

Themenverantwortung Schwerpunkt

Christian Degen, Timm Eugster

Mitkonzeption und Umsetzung Schwerpunkt

Pressebüro Kohlenberg

Mitarbeit

Nina Jacobshagen, Isabelle Aeschlimann,
Céline Steiner

Autorinnen und Autoren

Claus Beisbart, Brigit Bucher, Christian Degen,
Bettina Hägeli, Béatrice Koch, Julia Konstantinidis,
Marianne Johanna Lehmkuhl, Nathalie Matter,
Kaspar Meuli, Isabelle Noth, Pieter Poldervaart,
Barbara Spycher, Regula Wenger, Jan Wenk
Maura Widmer

Konzept

2. stock süd, Biel

Layout und Gestaltung

Universität Bern,
Abteilung Kommunikation & Marketing

Bildredaktion

Dres Hubacher, Bern

Redaktionsadresse

Universität Bern
Abteilung Kommunikation & Marketing
Hochschulstrasse 6, 3012 Bern
Tel. 031 684 80 44
unipress@unibe.ch
www.unipress.unibe.ch

Inserate

Stämpfli AG, Bern
Tel. 031 767 83 30
inserate@staempfli.com
www.staempfli.com/mediadaten

Druck

Stämpfli AG, Bern

Auflage

12 000 Exemplare
Erscheint zwei- bis dreimal jährlich,
nächste Ausgabe September 2022

Abonnement

UniPress kann kostenlos abonniert werden:
www.unipress.unibe.ch
Tel. 031 631 80 44
ISSN 1664-8552



Vorschau nächstes Heft, September 2022

WIE FUNKTIONIERT WISSENSCHAFT?

Nach zweimaliger pandemiebedingter Absage findet dieses Jahr endlich wieder eine «Nacht der Forschung» statt. Am Samstag, 10. September 2022 geben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Universität Bern Einblick in ihre faszinierenden Projekte und erklären, was sie in ihren Labors und Forschungseinrichtungen tun. Begleitend dazu geht das nächste Heft der Frage nach, wie Wissenschaft funktioniert.



Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck von Artikeln mit Genehmigung der Redaktion.

Bildnachweise

Titelbild/Illustrationen Seiten 1–35: Hahn + Zimmermann, Bern / Seite 3: KEYSTONE/AP Photo/Matt York / Seite 4: KEYSTONE/AP Photo/Jose Luis Magana / Seite 5: KEYSTONE/Ti-Press/Samuel Golay / Seite 6: KEYSTONE/Sandro Campardo; KEYSTONE/ SUEDEUTSCHE ZEITUNG PHOTHO/KNORR+HIRTH; KEYSTONE/PHOTOPRESS-ARCHIV/RIA; KEYSTONE/PHOTOPRESS-ARCHIV/Str / Seite 7: KEYSTONE/STR; KEYSTONE/SANDRO CAMPARDO; KEYSTONE/EPA/JEON HEON-KYUN/POOL; KEYSTONE/CARO/Caro/Conradi / Seiten 9–13, 16, 27 + 49: Dres Hubacher / Seiten 14–15: zvg / Seite 17: links+rechts, KEYSTONE/Peter Klaunzer / Seite 21: oben, KEYSTONE/Christian Beutler; unten, KEYSTONE/Gaetan Bally / Seite 22: KEYSTONE/PHOTOSHOT/Justin Ng/Avalon / Seite 25: KEYSTONE/Anthony Anex / Seite 26: EPA/Peter Foley / Seite 29: KEYSTONE/LAIF/Teichmann / Seite 30: KEYSTONE/AP Foto/Antonio Calanni / Seite 33 oben: CETRA; unten: KEYSTONE/Gaetan Bally / Seite 35: erlengutbio / Seite 36: KEYSTONE/Christian Merz / Seite 37: oben, KEYSTONE/Alessandro Della Bella; unten: KEYSTONE/DPA/Picture Alliance/Amazing Aerial Agency/Paul Prescott / Seite 38: Vera Knöpfel / Seite 39: links, Stefanie Gruebl; rechts, by PLEASURE / Seite 41: oben, Medizinsammlung Inselspital Bern; unten, zvg / Seite 42–43: Planted / Seiten 45–46: Fabian Hugo / Seite 50: zvg



Lehrgang Naturnahe Teichgestaltung

Start: 12.9.2022



[www.zhaw.ch/iunr/
teichgestaltung](http://www.zhaw.ch/iunr/teichgestaltung)

Inhalt

- Naturnahe Teiche standortgerecht planen
- Ökologisch wertvolle Stillgewässer anlegen
- Mit eigenem Projekt die Biodiversität nachhaltig fördern

Auch in Zukunft EIN STARKES NETZWERK

u^b

b
UNIVERSITÄT
BERN

Alumni UniBE

Bleiben Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen aus dem Studium in Kontakt und profitieren Sie von attraktiven Dienstleistungen und Vergünstigungen.

Informieren Sie sich unter
www.alumni.unibe.ch
und werden Sie Mitglied der
Alumni-Dachorganisation der Universität Bern.

Sie sind herzlich willkommen.



WISSEN
SCHAFFT
WERT.